

Die "Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expeditionen, Post-Expeditoren, 8/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis: Vierteljährlich M. 2.50, pro Bande 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.02, wo keine Post ist M. 2.34.

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Die Expeditionen sind zu bestellen bei den Expeditionen, Post-Expeditoren, 8/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis: Vierteljährlich M. 2.50, pro Bande 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.02, wo keine Post ist M. 2.34.

Telephon
Redaktion: 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 280.

Breslau, Sonnabend, den 29. November 1913.

24. Jahrgang.

Die Bescheidenen.

Fürmer mehr versuchen gewisse Leute, den Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen zu einer Parteifrage zu machen, nicht um den Ärzten zu nützen, aber um doch wenigstens der Sozialdemokratie eins auszuwaschen. Unangenehm ist nur, daß jeder Schlag, der dabei den Roten zugebracht ist, unwillkürlich auch auf den Rücken von liberalen Arbeitgebern, scharfmacherischen Industriellen, Landräten und noch höheren Beamtenklassen niederfällt. Die Ärzte aber müssen die Situation weidlich aus, und hinter der Sozialistenkeule suchen sie ihr Schwächen zu suchen. Sie sind dadurch leider ebenfalls gezwungen, aus unserer Mitte nur wirklich aufrecht erhaltenen Reserve mehr und mehr hervorzutreiben und die Angaben der Ärzte sowie die Berechnung ihrer Forderungen immer schärfer unter die Lupe zu nehmen.

Fürmer deutlicher sieht man heraus, daß den Ärzten die ganze Krankenversicherung nicht sympatisch ist, und da diese nun doch nicht gänzlich aus der Welt geschafft werden kann, suchen sie den Kreis der Krankenträger, speziell der ärztlichen Behandlung unterliegenden Personen, nach Möglichkeit einzuschränken. Die freiwilligen Mitglieder sollen zunächst überhaupt keine ärztliche Behandlung erhalten, die Familienfürsorge soll unterbleiben usw. Da ist es denn einmal anzusehen, zu unterziehen, ob sie zu diesem antisozialen Verhalten ein Recht haben. Nach der Statistik hat selber das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten folgende Entwicklung genommen:

	1895	1900	1911
Ärzte insgesamt	15 764	27 374	39 527
Ausgaben der Kassen für ärztliche Behandlung in Mark .	9 060 045	34 326 996	88 734 224
Pro Arzt (nicht nur Kassenarzt) entfielen durchschnittl. Einnahmen aus der Kassenpraxis	575	1 254	2 300
Für pro Mitglied zu zahlende Arzthonorar betrug durchschnittlich in Mark	2,15	3,60	6,14
Auf jeden Arzt entfielen Kassenmitglieder	272	375	406

Zunächst ist zu ersehen, daß sich die Zahl der Ärzte in dem etwa 25jährigen Zeitraum mehr als verdoppelt hat. Die Bevölkerung des Reiches stieg inzwischen nur von 47 auf 65 1/2 Millionen Köpfe, also bei weitem nicht im gleichen Maße. Diese weit über den Bedarf hinausgehende Vermehrung der Ärzte, die sich aber fast nur in den Großstädten bemerkbar macht, hat die wirtschaftliche Bedrängtheit der Ärzte in jenen Städten veranlaßt. Die Krankenkassen haben ihre Pflichten den Ärzten gegenüber in überreichem Maße erfüllt. Die Arzthonorare sind fortgesetzt erheblich gestiegen. Das Gesamthonorar der Ärzte hat sich in dem angegebenen Zeitraum, also seit Durchführung der Krankenversicherung, vervielfacht. Das auf den einzelnen Arzt — trotz der Vermehrung — entfallende Kassenhonorar hat sich fast verdoppelt. In dieser Zeit hat sich die auf einen Arzt entfallende Kassenmitgliedzahl nur wenig (von 375 auf 406) vermehrt. Ein Beweis dafür, daß die Erhöhung des Kassenhonorars vorzugsweise auf bessere Bezahlung der einzelnen Leistungen der Ärzte zurückzuführen ist. Diese einzelnen Leistungen werden so gut bezahlt, daß bei sehr vielen Kassen die Ärzte heute schon weit mehr an Honorar erhalten, als die Kranken an Krankengeld, so daß die Kassen schon tatsächlich mehr zu Versorgungsinstanzen für die Ärzte als für die Kranken geworden sind.

Durch die ständige Vermehrung der Ärzte, zum kleinen Teil auch durch die relative Vermehrung der krankenversicherungspflichtigen Personen, ist der Umfang der der Privatpraxis der Ärzte verbleibenden Bevölkerung eingeschränkt worden. Sie sank von 2700 pro Arzt im Jahre 1885 auf 1711 im Jahre 1900 und 1550 in 1911. Seit 1900 war also die Abnahme nur noch gering.

Die Reichs-Versicherungsordnung bringt aber den Ärzten vermehrte Arbeitsgelegenheit. Manches Dienstmädchen, mancher Landarbeiter, die seither selbst bei schweren Krankheiten nicht an einen Arzt dachten, werden nunmehr selbst bei leichten Fällen die Hilfe anrufen. Und der Arzt bekommt prompt sein Honorar. Wird dadurch nicht ohnehin schon die Lage der Ärzte verbessert? Es ist deshalb im höchsten Grade ungerechtfertigt, wenn die Ärzte jetzt Forderungen stellen, welche einfach die gesamte soziale Fürsorge lähmen. Ein Blick auf den finanziellen Stand der Kassen beweist, daß sie die Forderungen der Ärzte hundertfach machen. Denn die Erzählungen von den hohen Beamtengehältern und den übertriebenen Verwaltungskosten sind bloße Märchen. Das wissen die Ärzte selbst am besten.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag

erlebte am Donnerstag einige Gesetzentwürfe in erster Lesung. Die Vorlage zur Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige wurde vom Genossen Dr. Sohn einer Kritik unterzogen, die sich besonders dagegen richtete, daß nur die Sachverständigengebühren, nicht aber auch die der Zeugen erhöht werden, wie das längst vom Reichstag gewünscht worden ist.

Die Vorlage auf Errichtung eines Kolonialgerichtshofs in Berlin gab dem Marokkaner Dr. Vebels, unserem Genossen Stolten-Hamburg, Gelegenheit, zum ersten Male das Wort zu ergreifen. Er hatte an sich gegen den Entwurf nichts einzuwenden, wenn auch eine Mitwirkung des Laienelements an der Rechtspflege wünschenswert sein würde; aber mit allem Nachdruck trat Genosse Stolten — und natürlich nicht etwa aus Lokalpatriotismus — dafür ein, daß der Kolonialgerichtshof nicht nach Berlin komme, wo das ganze Meilen nicht gerade dazu angetan ist, die volle Unabhängigkeit und Unbeeinträchtigkeit dieses höchsten Gerichtshofes zu sichern. Hamburg mit seinen starken kolonialen Beziehungen würde dann als geeigneter Sitz für den Kolonialgerichtshof anzusehen sein. In der Debatte wurde zumeist über die Frage Hamburg oder Berlin gestritten, es fanden sich aber auch Fürsprecher einer Angliederung des Kolonialgerichtshofs an das Reichsgericht in Leipzig. Staatssekretär Dr. Solf hat um rasche Verabschiedung dieses Gesetzes, das ebenfalls an eine Kommission ging.

Schließlich wurde noch die Beratung der Gewerbe-Novelle begonnen, die die Wanderlager einschränken will. Genosse Frey wandte sich gegen eine weitere unbegründete Verschärfung des Hausierhandels und zeigte die Unnützigkeit der Argumentation, die den Rückgang der Geburtenzahl durch Einschränkung des Handels mit empfangnisverhütenden Mitteln erreichen zu können glaubt, was allerdings nicht hinderte, daß der konservative Graf Cramer-Hieserwitz kräftig in diesem Sinne lospaukte. Auf die Frage, wie es in seinen Kreisen mit der ununterbrochenen Geburtenreihe gehalten wird, schmeig er vorsichtiger Weise still! — Freitag Fortsetzung der Debatte und Wahlprüfungen.

Die Arbeitslosenversicherung als eine Gefahr für das Reich.

Wenn die agrarische Presse an die Beurteilung sozialer Probleme herantritt, dann weiß man, daß nichts Vernünftigeres dabei herauskommt. In Stalle-Bedürfnissen weiß diese Presse schließlich Bescheid, darüber hinaus wird ihr die Orientierung schwer, in Arbeiterfragen aber legt sie eine geradezu börsartige Verständnislosigkeit an den Tag. So kommt die „Deutsche Tageszeitung“ in einer Betrachtung über die Arbeitslosenversicherung zu einer Heße gegen die Arbeitslosen. Der Untergang des römischen Reiches war, wie das agrarische Blatt feststellt, von dem Moment an besiegelt, von dem ab man begann, weite Kreise der Bevölkerung zu alimentieren, was namentlich durch Bezahlung des Belohnes der Volkssammlungen, sowie durch Gratiskonzerte, von Getreide, Öl, Wein, Salz, Fleisch, Kleidung und barem Gelde geschah. Angesichts dessen hält es die „Deutsche Tageszeitung“ für völlig verfehlt, wollte man zur Erhaltung einer gesunden, kräftigen Arbeiterbevölkerung eine so unnatürliche Maßnahme wie die Arbeitslosenversicherung einführen, die das Gegenteil einer Förderung des Arbeiterstandes wie der wichtigsten Interessen des Gesamtvolkes bedeutet. Man transportiere die Arbeitslosen aufs Land, wo sie unter der Gesindeordnung und unter der Knute des Junkers ein beschauliches Dasein führen können, und das Problem der Arbeitslosenfürsorge ist gelöst.

Sonderbar, daß das agrarische Blatt noch nicht darüber nachgedacht hat, ob nicht eine große Gefahr für das Reich darin liegt, daß den Junkern durch die deutsche Liebesgaben-, Zoll- und Steuerpolitik ungeheure Summen in die Taschen geschoben werden. Vielleicht aber hat man die Ueberzeugung, das Junkertum sei bereits bereits fortumpleiert, daß hier nichts mehr verborgen werden kann.

Die Arbeitslosenversicherung und der Liberalismus.

Einen gutgemeinten und überaus verständigen Appell an die Arbeitslosenfrage richtet an die Regierung und die bürgerlichen Parteien das „Berl. Tageblatt“. Es schreibt:

Nur das Reich als solches ist in der Lage, das Uebel an der Wurzel anzufassen, zwar nicht insofern, als es die Arbeitslosigkeit völlig ausschalten könnte, wohl aber in der Richtung einer allgemeinen und umfassenden Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit. Sobald überhaupt die sozialpolitischen Aufgaben des Reiches in Angriff genommen wurden, ist auch auf die Notwendigkeit einer Ordnung der Arbeitslosenversicherung hingewiesen worden. Schon Fürst Bismarck sprach gelegentlich von dem Recht auf Arbeit, ohne freilich davon denken zu können, diesen schönen Gedanken zu verwirklichen. Man wird auch zugeben müssen, daß erst einmal das Fundament des sozialen Gebäudes durch die Versicherung gegen Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter gelegt werden mußte. Das ist geschehen. Nun pocht die Arbeitslosenversicherung an die Tore des Reichstages.

Man mag ihr unter mehr oder minder begründeten Einwänden noch den Eintritt verweigern. Aber sie wird von seiner Schwelle nicht mehr verschwinden und es gehört keine große Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß sie sich schließlich ihren Platz im Hause erzwingen wird. Es gibt eben immamente Notwendigkeiten der staatlichen Pflichten, denen sich auch eine zaudernde Regierung auf die Dauer nicht entziehen kann. Es gibt auch politische Zwangslagen, mit denen sich eine Partei abfinden muß, wenn sie sich nicht selbst ausschalten will.

Würden die Liberalen diese Worte in Taten umsetzen, so könnte schon jetzt aus der Initiative des Reichstages ein entscheidender Schritt zur Lösung des Problems gemacht werden. Das „Berl. Tageblatt“ ist aber freilich nicht so optimistisch, von seinen eigenen Parteifreunden Unterstützung zu erwarten, es weiß, daß es nur dazu bestimmt ist, zu der Schaukelpolitik der Partei die rabiate Musik zu machen. Ein Teil der Liberalen, die Fortschrittspartei mit eingeschlossen, ist derzeit auch viel zu sehr mit dem Kampf gegen das Koalitionsrecht beschäftigt, als daß es Zeit dazu finden könnte, an die Arbeitslosen zu denken.

Zur Regelung der Arzteinlagen bei den Krankenkassen

ist eine weitere amtliche Äußerung erfolgt, aus der die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nachstehendes mitteilen:

„Die größte finanzielle Sicherheit erlangen die Kassen, wenn es ihnen gelingt, einen Arzteintrag zu einem Pauschalbeitrag für den Kopf der versicherten Mitglieder abzuschließen. Die Kassen würden gut tun, darauf zu bestehen, daß bei Bezahlung nach Einzellisten ein Höchstbetrag festgesetzt wird, über den hinaus die Kasse keine Zahlung leistet, und bei dessen Ueberschreitung die Forderungen der einzelnen Ärzte verhältnismäßig gekürzt werden. Dieser Höchstbeitrag kann nach einer bestimmten Verhältniszahl der Kassenbeiträge — abnehmend wohl unter Annahme der Erhebung von 1/2 v. H. des Grundlohns (§ 386 R.-V.-O.) — bemessen werden. Für seine Begrenzung werden die bisherigen ärztlichen Erfahrungen der Ortskrankenkassen oder der Gemeindefürsorge einen ausreichenden Anhalt geben. Die Berücksichtigung unvorhergesehener außerordentlicher Umstände kann einem Schiedsgerichte vorbehalten bleiben.“

Sollte die Vereinbarung dieser Höchstgrenze oder eines Pauschalbeitrages für den Kopf der Versicherten nicht erreichbar sein, so wird wenigstens eine pauschale Vergütung der Arzteinlagen festzusetzen sein. Es käme ja auch in Frage, die Gemeinden und Güter gegen bestimmte Entschädigungssätze zur Vorkostung von Führern zu verpflichten.

Die Gebührenordnung geht grundsätzlich davon aus, daß sich die ärztlichen Ansprüche nach der Leistungsfähigkeit der Patienten zu richten haben.

Nach § 2 kommen bei Arbeiterkrankenkassen, zu denen auch Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen und Betriebsrentenkassen gehören, regelmäßig die Mindestsätze zur Anwendung. Unter den Krankenkassen bedürfen aber besonderer Berücksichtigung diejenigen, die für ärmere, dünn besetzte ländliche Bezirke errichtet sind, und deren Leistungsfähigkeit daher schon durch die geringen Grundlöhne und die Schwierigkeiten der Vermoögens- und der Krankheitsüberwachung ungünstig beeinflußt wird. Es wäre daher verfehlt, und entspräche, soweit wir unterrichtet sind, auch nicht den Absichten des Vorpäpster Arzteintragsbeschlusses (§ 2), wenn die Ärzte an solche Kassen die gleichen Ansprüche stellen wollten, wie an diejenigen dichtbesiedelten und wohlhabender Bezirke. Ein bestimmtes Schema für Arzteinträge ist nicht überall verwendbar. Es bedarf vielmehr einer eingehenden Berücksichtigung der besonderen ärztlichen Verhältnisse.

Bei dieser Gelegenheit machen wir nochmals darauf aufmerksam, wie sehr es sich empfiehlt, für alle Versicherten, mit denen ein Arzteintrag auf ein Jahr abgeschlossen ist, und bei denen die Voraussetzungen für die Anwendung des § 420 R.-V.-O. vorliegen, die Ermäßigung der Kassenbeiträge unter Ausschluß des Anspruchs auf Krankengeld herbeizuführen. Es werden dadurch die sich aus der Verrechnung des Krankengeldes (§ 436 R.-V.-O., § 616 B.-G.-B.) ergebenden Belastungen und ein wesentlicher Anreiz für unbedingte Krankenmeldungen vermieden.“

Das rechtsstehende Berliner Blatt zweifelt schon, ob die Ärzte diesen Vorschlägen zustimmen werden. Nach ihrer bisherigen Haltung wird man ungefähr Bescheid wissen.

Eine Abwehr!

Die Hauptverbände der deutschen Krankenkassen erlassen einen Aufruf an die Versicherten zum Schutze der Krankenkassen, in dem ausführlich die Angaben der Ärzte bekämpft werden. Schließlich heißt es:

„Die Krankenkassen sind bereit, angemessene Honorare zu zahlen und die Ärzte frei und unabhängig zu stellen, und eine in jeder Beziehung ausreichende Zahl von Ärzten zuzulassen. Wo Kassen und Ärzte einig sind, möge auch die freie Arztwahl eingeführt werden. Die Krankenkassen befinden sich in dem bevorstehenden Kampfe lediglich in der Abwehr. Sie haben ihr Möglichstes getan, um die seit Jahren bestehende große Spannung zu beenden. Die Kassenvertreter sind in ihren Zuständigkeiten viel weiter gegangen, als nach dem Gesetz von ihnen beantragt werden kann. Die mit Selbstverweigerung ausgestalteten Kassen lehnen es aber ab, sich alles aufzwingen zu lassen, was die Ärzte in ihren Gewerkschafts-, Organisations- und Standesinteressen fordern. Sie verweigern sich auch gegen die unerhörte Sprache, die die Leiter der Ärzteorganisationen gegen die Träger der reichsgesetzlichen Krankenversicherung führen, und gegen den Terrorismus, der Ärzten und Kassen gegenüber auf jede Weise und unter Benützung der staatlichen Ständesorganisation geübt wird. Die Krankenkassen können die Hauptforderungen des Vorpäpster Arzteintrags nicht anerkennen; dies hieße die Krankenkassen den Ärzten ausliefern und aus der Krankenversicherung eine Arzteintrags-

...nung machen. Dafür kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen.

Nach dem, was erst dieser Tage die „Schief. Bg.“ über die Praxis der Ärzte veröffentlichte, ist in dieser Abwehr nicht zuviel gesagt.

Der Hochverräter und die Gulgejünger.

Das Rätsel, warum die Regierung entgegen ihrem Versprechen den von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Genossen Dr. Liebnicht nicht in die Rüstungskommission berief, wird wohl nächstens bei der Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation seine offizielle Lösung finden.

„Für die Nichtberufung ist... wie wir hören, nicht die Tatsache maßgebend gewesen, daß Dr. Liebnicht in der Privat-Affäre als Ankläger im Reichstag austrat, vielmehr war die Zurückhaltung Liebnichts wegen Aufforderung zum Landesverrat, die er seinerzeit wegen seiner antimilitaristischen Broschüre erglitzte, für seine Ablehnung ausschlaggebend.“

Das „D. L.“ wiederholt hier gutgläubig eine Lüge, die seinerzeit von der „Deutschen Tageszeitung“ aufgebracht wurde, bezieht sich aber lokaler Weise, in der folgenden Nummer den Irrtum richtigzustellen. Liebnicht hat selbstverständlich mit dem gemeinen und verächtlichen Delikt des Hochverrats nie etwas zu tun gehabt, sondern er ist wegen Hochverrats verurteilt worden, weil er in jene Broschüre zum gewaltsamen Umsturz der Staatsverfassung aufgefordert haben sollte.

Die auffällige Wiederholung des bedeutungsreichen Irrtums im „D. L.“ weist darauf hin, daß gegen die Berufung Liebnichts in die Rüstungskommission tatsächlich mit den Mitteln der gemeinen Verteufelung gearbeitet worden ist. Ob aber die Regierung es wagen wird, vor dem Plenum des Reichstags Liebnichts Nichtberufung mit seiner reichsgerichtlichen Verurteilung zu begründen, muß allerdings abgewartet werden.

Das Liebnicht, der Hochverräter, in der Kommission nichts anderes getan haben würde, als öffentliche Interessen gegenüber den Profitinteressen des Privatkapitals wahrzunehmen, ist etwas so Selbstverständliches, das jedes weitere Wort darüber überflüssig ist. Auf der anderen Seite hat sich aber die Regierung nicht geäußert, Vertreter privatkapitalistischer Interessen so zahlreich in die Kommission zu berufen, daß sie dort die unbestrittene Mehrheit haben.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Reinhold hatte die ganze Szene beobachtet, ohne sich von der Stelle zu bewegen. Da er seine Hände nicht in die Schlinge lassen wollte, und der Alte hatte nicht ein einziges Mal übergedrückt. Daran dachte er selbst aber jetzt erst. Das ruhende Bild hatte seine Seele wie mit einem Zauber gefangen gehalten, und verweigerte er die Bewegungen des Mädchens mit atemloser Aufmerksamkeit: jede kleine Gänge mit ihr berührend, als ob er sich selber an dem Gitter hinauf, im Geiste die Hände leicht und gleichmäßig schwebend, wie sie es nach dem Leichten und gleichmäßig schwebenden Gang um mußte; ihres Niederstehens hinter einem Weißbrotbrüder, der an dem Gitter wuchs und sie jetzt seinen Blicken entgegen, horchend, wie der Schiffer des Meeresturmes eines Sternes harrte, den er beobachtet und den auf Schanden, welche er zählt, eine vorübergehende Wolke verdrängt. Aber sie kam in der Zeit, welche verfließen konnte, nicht zum Vorschein; dafür bewegte sich der Fisch. Bieleicht wollte sie ein Fischlein abschlefen und konnte nicht damit zurechtkommen; im Aus war er durch das Gartenspindel an ihrer Seite.

Wieder ein frommer Schrei — nach Polizei.

Unter der Ueberschrift „Die Wildgemordenen“ tobt ein sehr frommer Herr Haeder im „Reichsboten“ spaltenlang gegen die Austrittsbewegung. Daß er die Austrittsbewegung glattweg mit der Sozialdemokratie identifiziert, obwohl in ihren vordersten Reihen zahlreiche Nichtsozialdemokraten stehen, ist nicht weiter auffällig, es entspricht der allgem. üblichen Methode.

Noch ein paar Fragen! Warum war keine politische Ueberrückung da? Man misse sich nicht: Nicht wir brauchen politischen Schutz! Ich erziehe mich, wieder in solche Verammungen zu gehen; auch wenn kein Polizeibeamte da ist. Auch Gott bedarf des Schutzes nicht. Er wird mit den Väterlein fertig werden. Aber die Masse braucht Schutz. Auch und gerade vor ihrem eigenen Lohel! Das behaupten die Herren Cohn und Kappich und Leus und Schneid nicht, die neulich gegen den Gottesstärkungs-Paragrafen redeten. Man schüßt doch auch die Kinder vor der Schere, man schüßt die Arbeitervor dem Giffen. Nur ein wenig frei von dem Kauf des Freiwirtschafts, meine Herren, und das Parteien wird schon kommen, und der Mut, der Lage die Schellen anzuhängen, auch! — Auch eine Versicherung der Doherkollern schlaue an mein Ohr. Und vor allen Dingen persönliche Reichimpfungen an maffel! Es könnte doch einmal ein randfekter Mann einen dieser freien Schreier handareiflich beliren, daß der Juncker mit seiner Ausdrucksweise noch nicht der Welt des Tages bei uns ist, und die Schlägerer möge dal! In „öffentlicher“ Veranstaltung muß man doch noch damit rechnen dürfen, daß man unangekündet bleibt so lange wie noch nicht im Zukunftskate sind!

Die persönlich denunzierten Herren sind keine Sozialdemokraten, und die Partei trägt für ihr Verhalten keinerlei Verantwortung. Das ändert natürlich nichts daran, daß jeder Sozialdemokrat und jeder anständige Mensch die Widerwärtigkeit der gegen die gerichtlichen Denunziationen aufs tieffte empfinden muß. Die Denunziation der frommen Herren mit „Handareifliche“, sein Operieren mit den gemeindlichen Stimpfworten zeitig überhend deutlich, von welcher Seite wirkliche Ruheförerungen in den Austrittsverfammlungen zu befürchten sind.

Gegen das Wahlbier!

In Württemberg trafen die Parteien und lokalen Interessengruppen ihre Vorberreitungen zu den Gemeinderatswahlen, die am 1. Dezember beginnen. Auch eine staatliche Behörde hat in umschügender Weise bereits Vorarbeiten für die Wahlen getrieben.

In Hinblick auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen weist das Oberamt darauf hin, daß die Gewählung, Verrechnung und Annahme von Beisetzern, insbesondere von freien Gutsherrn (Güter) bei den Gemeinderatswahlen nicht nur für den Wähler er wie für den Wähler eine unbillige, des Bürgeres unwürdige Handlung darstellt, sondern auch nach § 140 des Reichsgesetzes von 1908 als Stimmentausch oder Bestätigung strafrechtlicher Folgen haben und nach Art. 23 Abs. 1 der Weimarer Verfassung die Ungültigkeit der Wahl berühren kann.

Die Polizeibehörden der Gemeinden, in denen die gewählte Beamten nach herrschen sollte, werden verpflichtet, vor der Wahl geeignete Belehrungen und Beratungen anzuordnen zu lassen und Fälle, in denen noch ein Wahlberechtigte, in besondere Fremder, gewährt oder verprochen werden, dem Oberamt anzuzeigen.

Saltingen, den 10. November 1913.

A. Oberamt. Fender.

Die altwürttembergische Unsitte, sich ein Gemeinderatsmandat durch ein paar Flaschen Wein oder einige Maß Bier zu erkaufen, besteht in vielen Landgemeinden noch unbeeinträchtigt fort. Diese Bekanntmachung des staatlichen Bezirksbeamten ist ein schlagender Beweis dafür, was man würde oder seeligen, wo te man annehmen, deroelchen käme nur

im Schwabenlande vor. Nur der Oberamtmann von Ulm unterzeichnet sich von seinen Amtskollegen im deutschen Reich darüber, daß er mit Ernst diesem Mißbrauche des Wahlrechts zu Leibe geht, während anderwärts die Behörden zu denselben Erscheinungen schweigen.

In Zabern wird man nervös.

In Zabern kam es Mittwochabend wieder zu einem Lauf. Als der Leutnant v. Forstner in Zabern auf der Strasse erlitten, kam es zu einer kleinen Ansammlung. Ein Dr. requirierte sofort die Wache, und vier Mann mit angeplanten Seitengewehren rückten heran. Einer vor einem Restaurant stehenden Gruppe gelacht worden sein soll, ließ der Offizier einfach den ersten besten Mann haften und zur Wache bringen. Nachdem die betreffenden Polizisten den Verhafteten in Empfang genommen und seinen Namen festgestellt hatten, wurde er wieder entlassen.

Soldaten sind keine Kohlenkipper.

Einen vernünftigen Erlaß über den Garnisondienst ist Kommandirender General von Delmling in Straßburg gegangen. In diesem Erlaß reißt der General darauf hin, die Verwendung von Soldaten zu nicht militärischen Zwecken durchaus unzulässig zu sein.

„Ich habe nicht einen Fusaren der 2. Eskadron Kohlenablauen für die Garnisonverwaltung befohlen. Da die Soldaten zum Kriege und nicht als Kohlenkipper ausgebildet sind, so habe ich den Mann von Stelle weg zu seiner Schwadron geschickt... In Arbeiten bestimmungsgemäß von Zivilarbeitern ausgeführt werden. Soldaten sind kommandiert werden.“

General von Delmling möchte dem vor allem Burckensenden abschaffen und auch sonst noch verflucht Soldaten bei unsozialen Lätzen beschäftigt.

Der Preussische Landtag wird voraussichtlich am 1. Februar 1914 einberufen werden. Er würde so an diesem Tage zusammentreten, an dem der Reichstag nach Urlaub von Winterferien seine Sitzungen wieder aufnimmt. Die Arbeit des Abgeordnetenhauses dürfte sich im wesentlichen auf die Bearbeitung der von dem Reichstag eingesandten Gesetze beschränken. Daneben werden auch Interpellationen, die die Wahlreformfrage, verhandelt werden.

Die Entlassung der badischen Landtags. Der badische Landtag wurde am Donnerstag vormittag eröffnet. Die Großherzog verliehen Thronrede enthält neben der Feststellung, daß die zur Zukunft er statt der bisherigen Verhältnisse geordneten großen Opfer nicht ohne Ansehen auf das Wohl der Nation geblieben sind und daß das allgemeine Wirtschaft und Guterleben sich ungünstig zu gestalten beginnt, nur einige Bestätigung der Vorläufe, die den Landtag unterbreiten sollen. Der Etat wird in allen seinen Teilen als ausgearbeitet bezeichnet. Seine Ausarbeitung konnte zum Teil schon mit Hilfe der an demselben Abend in die Öffentlichkeit werden. Vor die Öffentlichkeit auch in Zukunft aufrecht erhalten werden. Vor die Öffentlichkeit auch in Zukunft aufrecht erhalten werden. Vor die Öffentlichkeit auch in Zukunft aufrecht erhalten werden.

Die Aufregung liberaler Parteien in Bayern über die parlamentarische Verhältnisse der Liberalen der Wiedereinleitung in die politische Szene durch die Ministerpräsidenten von Preussens Präsidenten wird nicht nur in Bayern, sondern auch in anderen Teilen Deutschlands eine sehr stürmische Bewegung hervorgebracht. In München die Parteien auf sehr gefestigte angreifen. Es vertritt, daß der Vorsitzende Abg. Casselmann am 1. Dezember niederlegen wird. Er wird auch bei der Donnerstag in bayrischen Landtags beginnenden allgemeinen Eratsdebatte nicht reden obgleich er sonst immer Eratsredner gewesen ist.

Agrarier- und Mittelstandsfragen. Nach einer Mitteilung der deutschen Parlamentarier: repondenz liegt dem Bundesrat ein Antrag der sachsenburgischen Regierung auf Erlass eines Gesetzes über den Handel mit Margarine vor. Es soll demnächst

„Was ist er gesagt hat, flüsterte sie, wie mit mir, selbst sprechend: fest und männlich — eine gute, eine treue Hand.“ Sie hob seine Hand losgelassen, und so lagen sie neben einander, sie am Gitter, die Stäbe wieder streift ab, er, dicht an ihrer Seite, ohne einen Blick von ihr zu verwenden.

„Die kommen übers Meer, ist nicht; ich komme nur zum bis ans Ufer — nur immer bis ans Ufer!“ Zum ersten Mal zog es wie ein Schatten über das Licht, das Gesicht, das sich in den Augen spiegelte. Aber ein nachfolgendes Moment glänzte es wieder von dem kindlich-bitteren Lächeln. „Ich bin recht und dankbar“, sagte sie, „nicht wahr? Viele Menschen leben nie das Meer, nicht einmal im Traum vor ich — nach heute Nacht. Julius kam an unserem Fenster vorbei; wir haben immer sehr spät Nacht. Da rief er sich auf, daß Sie angekommen und ein so guter lieber Mensch sind und so viel Wunderbares erzählt hätten von Ihren großen, großen Reisen. Sie müssen mir auch davon erzählen — wollen Sie?“

der Straßenhandel und der Handel mit Karavaria von Haus zu Haus in den Niederlassungs- und Wohnortgemeinden verboten werden.

Verfolgung von Arbeitervereinen. Der letzte Polizeibericht aus Frankfurt a. M. belagt: Auf Grund der Rechtverbrechung des preussischen Oberverwaltungsgerichts wurden die im Polizeibericht genannten Vereine „Freie Turnerschaft“ Frankfurt a. M., „Vorkamp“, „Dobersheim“, „Eichersheim“, „Einhelms“ und „Brannheim“ gemäß § 8 des Vereinsgesetzes als politischer Vereine erklärt. Die Vereine sind demgemäß nicht nur zur Einreichung der Satzungen und eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder verpflichtet, sondern es dürfen auch Personen unter 18 Jahren weder Vereinsmitglieder sein, noch an den Versammlungen teilnehmen.

Nach diese Schläge wird der Arbeiterturnerbund überfallen! Noch ein erledigtes Reichstagsmandat. Der nationalliberale Abgeordnete Köhler hat sein Mandat niedergelegt, um einer Ungültigkeitserklärung, die der Reichstagg sicher ausgesprochen hätte, zuvorzukommen. Das hätte er allerdings wohl schon in der Sitzungsfreien Sommerzeit tun können.

Köhler wurde in 7. badischen Reichstagswahlkreise Kehl-Offenburg in der Stichwahl mit 8 Stimmen Mehrheit gewählt. Bei der Hauptwahl erhelten der Zentrumskandidat Schüler 11618, der Nationalliberale Köhler 8962 und unser Genosse Monich 3705 Stimmen.

Ausland.

Ein zweites Putumayo.

Aus London wird uns geschrieben: Wieder bringt eine Stimme aus den ferneren perubianischen brasilianischen Urwäldern in die zivilisierte Welt und reißt dem Kolonialimperialismus die Längs- und Querschnitte zum Verfall. Da die kapitalistische Proletariat ungehindert durch den Kämpf der Arbeiter schalten und walten kann, da er jetzt in dieser Zeit menschliche Verrohung und Verfallstufen, die nicht hinter den Mittelalter zurückfallen, die uns aus den dunkelsten Zeitaltern der Menschheitsgeschichte bekannt sind, sein Kolonialprodukt hat so viel namhafte Verbrechen auf dem Gewissen, als der düsterröthende Summi, der die feinen Seiten und Damen blühschmuck und lautos durch die Straßen der Großstädte gleiten läßt. Ein englischer Reisender erzählt, daß er in Südamerika ein brasilianisches Buch, das die Greuel des Amazonengebietes beschreibt, gelesen habe. Es trägt den Titel: „Die grüne Hölle“, und auf dem Titelblatt befindet sich das symbolische Bild der Amazonas, einer nackten Indianerin, deren Leib durch Schmitze zerfurchen ist, aus denen ihr Leben in die kleinen Viechtaschen, die von den Summifamulieren benutzt werden, hinabtriefen.

Als die entsetzlichen Putumayogreuel aus Tageslicht kamen, brachte der berühmte Araosa zu seiner Entschuldigungsverdacht, daß jenes System nicht nur im Putumayo herrsche, sondern auch in vielen anderen Urwaldgebieten Südamerikas gang und gäbe sei, daß man die Indianer mit anderen Mitteln gar nicht zur Arbeit für die Kapitalisten veranlassen könne. Der wackere Mann merkte natürlich nicht, daß er damit über das ganze kapitalistische Kolonialwirtschaftssystem das Urteil sprach. Aber er scheint recht zu haben. Diesmal handelt es sich um ein Gebiet, das südwärts vom Putumayo und vom Amazonasstrom, an der Grenze zwischen Peru, Bolivien und Brasilien, liegt. Ein Engländer, namens Woodroffe, ist eben aus dieser Gegend bekehrter. Er hat dort acht Jahre im Dienste einer englischen Gummigesellschaft geirrt und das ganze Gebiet öfters bereist. Er erzählt, daß die Zustände dort schlimmer als im Putumayo seien und hat der Anti-Slavery and Aborigines-Protection Society (Gesellschaft zur Bekämpfung der Sklaverei und zum Schutze eingeborener Völker) reiches Material übergeben, und diese hat bereits bei Sir Edward Grey englische Vorstellungen gemacht.

In diesen Gebieten, die nach den sie durchziehenden Nebenflüssen Beni, Uzo usw. des Amazonasstromes benannt sind, herrscht das System der Peonage, einer Art Leibeigenschaft, die auf importierter Kommodität ruht. Woodroffe gibt die folgende Beschreibung dieses Systems. Agenten der Gesellschaften werden in die Dörfer der zivilisierten Teile geschickt, um die Indianer zu veranlassen, sich einer Expedition von Gummifamilien anzuschließen. Der Indianer hat gewöhnlich vererbte kleine Schulden, und der Agent beginnt damit, daß er ihm das Geld zu ihrer Bezahlung vorkassiert. Dann wird der Indianer nach seiner Arbeitsstätte transportiert, die bis zu 1000 englischen Meilen entfernt sein kann. Dort angelangt, hat er keine Nahrung und wenig Kleidung. Dieses und sonstige Bedarfsmittel werden ihm von der Gesellschaft zu phantastischen Preisen geliefert und ihm angedreht. Damit hat er sich für sein ganzes Leben der Gesellschaft verkauft, denn diese Schuld kann er nie wieder bezahlen, sondern sie schwimmt in der Regel immer höher an. Die Pflicht durch den unüberwindlichen Urwald ist so gut wie unmöglich, und jeder Versuch wird pfeilscharf bestraft.

Um die Indianer zu anstrengender Arbeit zu zwingen, werden sie gepöbelt und gefoltert, wobei kein Unterschied zwischen den Geschlechtern gemacht wird. Woodroffe erzählt schauerhafte Geschichten von der Behandlung der Indianer. Ein Junge wurde detart gepöbelt, daß ihm ein Nagel durchs Auge steckte. Ein Indianer wurde von seinem „Arbeitsgeber“ so mit Strichen geprügelt, daß vererbte Körpererkrankungen durch Abnutzung abstarben und ihm ein Bein und eine Hand amputiert werden mußten. Wird ein Indianer krank und arbeitsunfähig, dann wird kurzer Prozeß mit ihm gemacht. Woodroffe berichtet von einem Falle, wo ein Kapitalist fünf seiner kranken Indianer auf einen Felsen in der Mitte des Stromes setzte, nach wenigen Stunden stieg der Strom und die Indianer wurden hinweggeschwemmt. Viele von Sir Roger Casement, der den amtlichen Bericht über die Putumayogreuel abgabte, als Arbeiter gebrandmarkten Perubianer treiben jetzt in diesen Gebieten ihr Unwesen, ohne daß die perubianischen, kolumbischen oder brasilianischen Behörden sich darum kümmern. Der Handel mit Frauen und Kindern ist eine allgütige Erscheinung, und Woodroffe erzählt dazwischenfälle, die er selbst gesehen hat. Die Eigentümer junger Mädchen schickten diese zu Prostitutionszwecken von Haus zu Haus, unter dem dünnen Deckmantel, daß sie dort Kuchen verkaufen. Ein Mädchen, das mit unvertauften Kunden zusah, wird ausgepeitscht. Die Agenten der Gesellschaften gehen auch auf regelrechte Menschenraub-Expeditionen aus. Werden sie eines wilden Stammes habhaft, dessen Männer sich nicht zur Arbeit zwingen lassen, dann werden alle Männer niedergemetzelt und die Frauen und Kinder als „Peonen“ verkauft.

Woodroffe hält die Zustände für schlimmer als im Putumayo, weil es sich hier um ein nicht bevölkertes Gebiet und um viel zivilisierteren Indianer handelt. Die Greuel sind während der ganzen acht Jahre, die er in der Gegend zubrachte, fortgesetzt geübt worden. Aber er magte es nie, den Mund dagegen zu öffnen, weil er in abhängiger Stellung war und für sein Leben fürchtete.

Die Gummiproduktion wird fast ausschließlich mit europäischen, vor allem englischem Kapital betrieben. Wenn Ruhe des Entschens ob der Zustände in Südamerika durch die kapitalistische Presse gehen, dann ist es wichtig, im Gedächtnis zu behalten, daß dieses gewissenhafte Monarchregiment keinen anderen Zweck hat, als die Taschen friedlicher Vorkampfer in Europa zu füllen!

Ministerieller Dämpfer für die Chauvinisten in Frankreich. Im Ministerium des Auswärtigen wird erklärt, daß Minister Michon keine parlamentarische Interpellation beantworten wolle, die sich auf die deutsche Besetzung von Kiew beziehen.

oder auf die künftigen Beschlüsse in Bayern besteht. Im Varner Journal, das mit dem Ministerium Fühlung hat, werden die Chauvinisten dringend gebeten, von den Kammerredaktionen jede Erörterung dieser Angelegenheiten fernzuhalten.

Eröffnung der italienischen Kammer. Durch Verlesung einer Thronrede eröffnete der König gestern die italienische Kammer. Nach Verlesung der Thronrede erklärte der Minister des Innern die 24. Legislaturperiode für eröffnet.

Studentenkravalle in Graz. Zwischen deutschen und italienischen Studenten kam es heute zu blutigen Zusammenstößen. Auf beiden Seiten gab es eine Anzahl Verwundeter. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befanden sich zehn Italiener. Nur mit großer Mühe gelang es der Polizei, die Ordnung wieder herzustellen.

Der Skandal der Lenabergwerke. In der Reichsдума fand heute die Debatte über den Bericht der zur Veranlassung einer Interpellation über die Vorgänge in den Lenabergwerken eingesetzten Kommission statt. Der Berichterstatter Luch beantragte, an die Minister des Innern, des Krieges und des Handels eine Interpellation zu richten, ob die Untersuchung über die genannten Ereignisse beendet sei, ob die gesetzliche Ordnung in den Werken wiederhergestellt sei, und ob gegen die Verurteilten, die sich hätten Gehörlosigkeiten zuschulden kommen lassen, Anträge erhoben worden seien. Mankow, Deputierter für das Gouvernement Irkutsk, legte auseinander, daß die Beschwerden der Arbeiter sich ausschließlich auf elementare Existenzbedürfnisse hauptsächlich auf die Verpflanzung und die Entlohnung erstreckten hätten. Wichnewsky (M. die) schloß sich im Namen seiner Partei dem Antrag des Berichterstatters an. Er vertrat die Ansicht, der Hauptteil der Verantwortung falle auf die jüdische Gesellschaft, die die Minen ausbeute. Schließlich wurde der Antrag der Kommission mit einem Amendement der Rechte, durch das der Ministerpräsident aus der Zahl der Interpellierten Minister ausgeschlossen wird, angenommen.

Aus Mexiko. Nach den letzten Meldungen soll der Ausgang der letzten gemeldeten Kämpfe bei Juarez für die Bundesstruppen vernichtend gewesen sein. Sie hätten demnach ihre gesamte Artillerie einbüßt. Ist diese Meldung richtig, dann ist der Fall der Stadt Chihuahua ebenfalls bevorstehend. Der deutsche Konsul aus Juarez (der nächsten amtierenden Stadt) meldet, daß bei den Kämpfen keine Deutschen unbeschadet seien. Die Schlacht, in der gegen 6000 Bundesstruppen gegen ebensoviel Rebellen kämpften, haben einige Kilometer von der Stadt stattgefunden.

Zunehmende Bewegung der Indier. Die in Südamerika stattfindenden Unruhen an Verfolgungen der Indier entziehen stets große Erregung in Indien selbst. In fast allen großen Städten wurden Versammlungen abgehalten. Eine Sammlung wurde veranstaltet, um welche täglich große Geldsummen, man spricht bis zu 10.000 Pfund emtriefen. Die letzten Nachrichten, die der „Indian Times“ erhielt, besagen, daß die Situation in Südamerika sich stetig verschlechtere. Die Indier wollen jetzt ihre Zurückhaltung aufheben und die Offensive ergreifen. General Voita behauptete, daß nicht ein einziges Beispiel von schlechter Behandlung bemerkt sei, wenn er das aber wirklich glaubt, so meint das genannte Blatt, warum lüchelt er dann eine Untersuchung. Die Wahrheit muß an den Tag kommen.

Gewertchaftliches.

Die Ungefallen gegen den Hansabund.

In Berlin hatte am Mittwoch der Bund der technisch-industriellen Beamten gemeinsam mit dem Verband der Kunstgewerbebezieher eine öffentliche Versammlung abgehalten, die zu den bekanntesten Beschlüssen des Industriekongresses des Hansabundes auf verstärkten Arbeitswilligenschuß und zu der dazu erfolgten Rundgebung des Direktoriums des Hansabundes Stellung nahm. Ingenieur Gram wies aus der ganzen Entwicklung des Hansabundes nach, daß er von vornherein nur die sozialpolitischen Interessen der Arbeitgeber, nicht aber die der Arbeiter und Angestellten wahrgenommen habe. Das Schlimme sei, daß der Hansabund sich immer als „falscher Freund“ der Angestellten gegenüberstelle, während die vormaligen Unternehmerverbände wenigstens ehrliche Feinde seien. Der Industriekongress habe mit seinen Beschlüssen den Versuch gemacht, die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer noch weiter zu beschränken. Bemerkenswert sei, daß sich auch die Angestelltenvertreter im Direktorium dieser Stellungnahme angeschlossen haben. Die bisherigen Erfahrungen mit der Streikjustiz hätten bewiesen, daß eine Milderung, nicht aber eine Verschärfung dieser Justiz zu fordern sei, zumal gegen den Terrorismus von Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden weder Staatsanwalt noch Hansabund vorgehe. Unter lebhaftem Beifall schloß der Redner mit den Worten: Der Hansabund ist und bleibt eine angestammte feindliche Organisation. Er ist eine Interessenvertretung der Arbeitgeber, und Angestellte gehören nicht hinein! Herr Kaufmann erklärte im Auftrage des geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Technikerverbandes: Nach Kenntnisnahme der maßgebenden Erklärung des Direktoriums des Hansabundes stellen wir uns ohne Einschränkung an die Seite der beiden Verbände, die die Versammlung einberufen haben. Der Hansabund ist ein Arbeitgeberverband. Er ist keine Vertretung der Angestellten und will es nicht sein. Darum muß es sehr heißen: Angestellte heraus aus dem Hansabund! - Wehlich sprach sich Herr Weis als Vertreter des Verbandes der Kunstgewerbebezieher aus.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 26. November 1913 in den Sophienanlagen, dem Bund der technisch-industriellen Beamten und dem Verband der Kunstgewerbebezieher einberufene öffentliche Versammlung von Privatangestellten hat mit Entschiedenheit vernommen, daß neben Arbeitgeberverbänden und politischen Parteien aller Art auch der Industriekongress des Hansabundes Vertretungen begehret ist, die bestehenden Gesetze und Polizeiverordnungen gegenüber Streikenden noch stärker als bisher zur Anwendung zu bringen und durch Veränderung der staatsrechtlichen Bestimmungen zu verstärken. Die Versammlung stellt in der vorstehenden Erklärung die Arbeitswilligenschußes nur einen Versuch, das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer noch mehr wie bisher einzuschränken. Auch die Stellung des Hansabundes Direktoriums zu den Beschlüssen des Industriekongresses kommt im Prinzip auf dasselbe hinaus, soweit sie nicht bilateralen Charakter hat.

Die von einer Anzahl Angestelltenverbänden bisher noch beobachtete abwartende Stellung gegenüber dem Hansabund kann daher nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Versammlung ist vielmehr der Meinung, daß die Mitgliedschaft im Hansabund sich nicht mit den Interessen der Angestellten als Arbeitnehmer verträgt.

Sehr richtig! Ob die kaufmännischen Angestellten ebenfalls auf dasselbe Anrecht sind? Wieser hört man noch nicht.

Stadt und Provinz.

Eine gelbe Werkvereinsgründung.

Am Dienstag, 25. November, abends 6 Uhr fand in der Kantine der Remnischen Maschinenfabrik eine Versammlung aller Beschäftigten statt. Der Zweck war die Gründung eines Werkvereins. Der im Betriebe beschäftigte Dreher Winkler eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß alle die nicht im Betriebe arbeiten, das Vokal zu verlassen haben. Darauf bekam der Redner das Wort. Dieser gab an, früher Kesselschmied gewesen zu sein und erlaube sich deshalb, die Arbeiter als Kollegen anzusprechen. Was der Herr jetzt ist, hat er nicht gesagt. Man kann sich das aber denken.

Der Herr erzählte die unglücklichen Dinge. Er behauptete, daß der Streik nur den Arbeitern Schaden bringe. Sie schädigen die gesamte Industrie - soll heißen, den Profit der Unternehmer. Bei den freien Gewerkschaften besteht der Grundgedanke „Wille du nicht mein Bruder sein, so Schlag ich dir den Schädel ein“. Als hiergegen die Anwesenden energisch protestierten, meinte der Herr, wer mit seinen Ausführungen nicht einverstanden ist, könne sich ja dann zum Wort melden. Das hätte den Gehören natürlich so gepaßt, denn es waren auch einige Aufpasser da, so der Portier und der Betriebsingenieur.

Der Redner meinte, die Arbeiter sollen sparen, damit sie in schlechter Zeit etwas haben. Wenn sie alle Wochen 50 Pfund zuhülfen, so haben sie in drei Jahren 135 Mk. Vielleicht weiß der Mann eine Sparkasse, die 100 Prozent Zinsen gibt, genannt hat er sie allerdings nicht. Die ganze Rede war nichts als eine Schimpfanrede gegen die vorhandenen freien Gewerkschaften und ein Emporkleben der gelben Werkvereine. Nach Schluss des Referats verließ der größte Teil der Anwesenden die Kantine, nur ein kleiner Teil blieb zurück. Es wurde die Diskussion eröffnet und da stellte sich heraus, daß ein Stellmacher von den Winkel-Dokmann-Werken geladen war, der Vorsitzende des gelben Vereins dieses Großbetriebes. Er bekam das Wort, schloß die Entwicklung des gelben Vereins der L.-P.-W. und wies mit erheblicher Stimme das Wohlwollen der Betriebsleitung. Dieser Mann konnte es sich nicht verkneifen, in recht geschmacklos Weise einen Unglücksfall, der sich vor 12 Jahren in der Maschinenbauanstalt Drehtaus zugetragen hat und wo ein Dreher eine Hand verlor, zum Vortrag zu bringen. Der Mann meinte, der Dreher sollte mit seiner Hand nicht dorthin greifen, wo man die Hand verlieren könne.

Nachdem auch er seine Rede beendet hatte, waren noch ungefähr 15 Mann anwesend. So sie sich alle zum Beitritt in den Werkverein gemeldet haben, konnte nicht festgestellt werden. So viel aber steht fest, daß ein solch großer Schmultz von Lügen und Gemeinheiten die Arbeiter nur abstoßen muß. Ist es nicht geradezu ekelhaft, einen Arbeiter anzuhören, wie er die Vertreter der Arbeiterschaft mit Gift besudelt, die Arbeitgeber aber, unter deren Druck die Arbeiterschaft zu stehen hat, in den Himmel hebt. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist mit einer Ehe zu vergleichen, sagte der gelbe Werber. Wer laßt da? Wenn es in den Ehe so ausfallen würde wie bei der Jirma Remna, wo der Arbeitgeber als ein göttliches Wesen, der Arbeiter aber als Knecht angesehen wird, dann ad Geheiß. Nur Idioten und Feiglinge können sich den gelben Werkvereinen anschließen, ehrliche und charakterfeste Männer stoßen die Werbeapostel weit von sich.

Deutsches Reich und Ausland.

Der Verbandstag der Bauarbeiter und die Arbeitslosenunterstützung.

Die Vertreter des Deutschen Bauarbeitsverbandes trafen am 1. Dezember in Hamburg zu einem außerordentlichen Verbandstage zusammen, um entgeltlichen Beschluß über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu fassen. Schon seit Oktober v. J. beschäftigten sich die Mitglieder des Verbandes mit dieser Frage.

Drittbrankantenwahl in Barmen. Bei der Ortstrankenloosenwahl in Barmen entfielen von 15 840 abgegebenen Stimmen auf die Liste der freien Gewerkschaften 8576, die der Christlichen 6811; die Ditsch-Dunderlichen Gewerkschaften erhielten 228 und die Weißen 207 Stimmen. Demnach erhielten die freien Gewerkschaften 36 Sitze, die Christlichen 22, die Ditsch-Dunderlichen Gewerkschaften und die Weißen je einen Sitz. Dieses Resultat ist besonders wegen der großen Stimmenzunahme der Christlichen bemerkenswert, es ruht aber auch, wie bedeutungslos die Ditsch-Dunderlichen Gewerkschaften und die Weißen sind.

Ohne Zuchtstrafe! Wegen Streikverweigerung, die während des 32 wöchigen Streiks der Bauarbeiter in Stoln in Hammern sich ereigneten, sind im ganzen 68 Streikende in 62 Fällen angeklagt worden. Bisher wurden 61 Fälle vor den Gerichten erledigt, bei denen über die Beteiligten zwei Jahre Zuchthaus, sieben Jahre und elf Monate Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust und 338 Mk. Geldstrafe verhängt worden sind.

So arbeitet die Justiz in unserem Klassenstaat! Die Urteile in ihrem Gesamtresultat zeigen ganz besonders zu Vergleichen mit Gerichtsverhandlungen an, in denen arbeitswillige Lottschläger die Angeklagten bildeten. Diese, die ohne schuldige Veranlassung ein Menschenleben vernichteten, werden, wie in dem Steinhilfsfall, freigesprochen, Streifen werden, wenn es sich nur um eine Körperverletzung handelt, ins Zuchthaus gesteckt.

Das sind die „vollendeten Rechtsgarantien“, unter denen die Arbeiter in Deutschland leben und die dadurch erweitert werden sollen, daß den Arbeitern ein neues Zuchtstrafgesetz beschreiben werden soll, zum Schutze der arbeitswilligen Staatsbürger.

Drohender Eisenbahnstreik in England. Unter den Eisenbahnern der Great Western Eisenbahn haben sich seit einiger Zeit große Unruhen bemerkbar gemacht. Eine große Deputation der Eisenbahnarbeiter befindet sich auf dem Wege nach London zur Direktion der Eisenbahn. Viele Lokomotivführer und Arbeiter drohen, in den Ausland zu treten, wenn ihnen nicht ein achtstündiger Arbeitstag zugesichert wird.

Kniefall der Arsenalarbeiter in St. Jero (Spanien). Auf den Kniefallen der Arbeiter in den Militäranstalten ist ein Streik ausgebrochen. Die Bewegung greift weiter um sich. Die Zahl der Ausständigen überschreitet 3000. Die Arbeiter an dem Bangereschiff „Jaime i Alfonso XIII.“ mußten unterbrochen werden. Die Arbeiterindefiniten, einschließlich des Syndikats der Arsenalarbeiter, beschloßen den Generalstreik.

Greife in Neuseeland? Der Premierminister teilte im Repräsentantenhaus mit, daß alle Anzeigen darauf hindeuten, daß der industrielle Greife bald wieder hergestellt sein werde.

Bremen, 27. November. Festgesetzte von der Marktverwaltung erhobene	
für Schweine	für 100 Stück
Regen, gute Qualität der letzten Grate	14.00 - 14.50 Mk
Regen, schlechte Qualität	13.50 - 14.00
Guter	14.50 - 15.00
Regen der letzten Grate	14.70 - 15.00
Wahl- und Futtergrate der letzten Grate	14.20 - 14.50
Körnermehl, gute Qualität der letzten Grate	14.50 - 15.00
Schwarzen	15.00 - 15.50
Putzergrate der letzten Grate	15.00 - 15.50
Hut	16.00 - 17.00
Langstroß	4.50 - 5.00
Wendroß	2.00 - 2.50
Winterrot	2.00 - 2.50
Bremener Stadtmärkte:	
22.00 - 27.00 Mk. Roggenmehl 6. und 6. Sorte 22.00 - 25.00 Mk.	22.00 - 25.00 Mk.
6. und 6. Sorte 22.00 - 25.00 Mk. Roggenmehl 6. und 6. Sorte	22.00 - 25.00 Mk.
2. und 2. Sorte 22.00 - 25.00 Mk.	22.00 - 25.00 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Röhder. - Redaktion und Druckerei: Verlagsanstalt „Die Post“, 10. Friedrichstraße, Berlin. - Preis 10 Pf.

Das Central-Schuhhaus Ernst David & Co. nur Reuschestr. 45
am Hotel Union

ist für Sie eine wichtige Sache.

Sonnabend, den 29. November

beginnt unser

Grosser Weihnachts-Verkauf

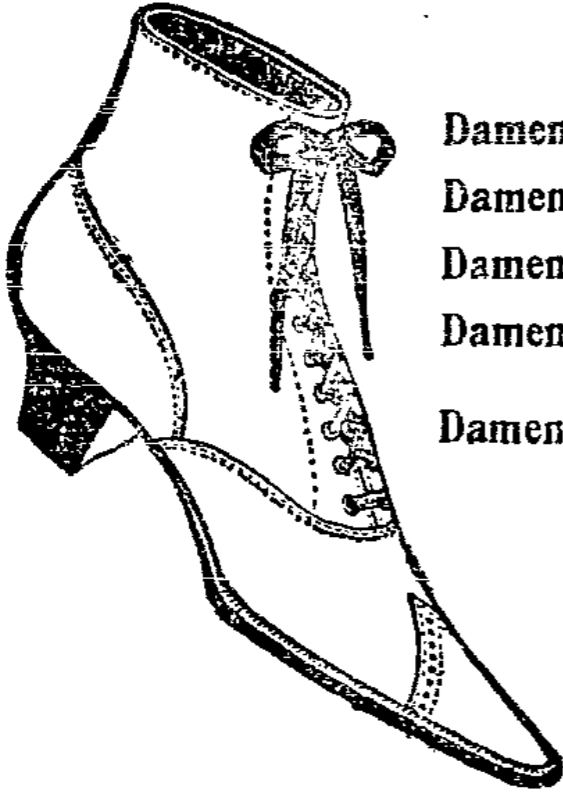
Umsonst erhält jeder Käufer beim Einkauf von Mk. 3.— an **ein reizendes Weihnachtsgeschenk.**

Dieser Weihnachtsverkauf soll in nächster Zeit **das Tagesgespräch** von Breslau sein.

Wir haben die Preise für viele Artikel, um Ihnen ausserordentliches zu bieten, zum Teil **wesentlich herabgesetzt.**

**Wir kaufen sehr billig ein. " " Wir verkaufen auch gute Waren denkbar billigst.
Machen Sie bitte sofort einen Versuch. Selbst der weiteste Weg macht sich bezahlt.**

Unsere Schlager



Damen-Knopfhalbschuh, Lackkappe 4.60, **3⁹⁵**
 Damen-Schnürhalbschuh, Lackkappe 5.25, 4.70, **4²⁵**
 Damen-Schnürstiefel, Lackkappe **4⁹⁰**
 Damen-Schnürstiefel, Garantie für Haltbarkeit 8.75, 7.50, **6⁷⁵**
 Damen-Schnürstiefel, echt Goodyear-Welt **10⁵⁰**

Herren-Schnallen-Zugstiefel 4.90, **4⁵⁰**
 Herren-Schnürstiefel, Lackkappe **5⁵⁰**
 Herren-Zug-Schnürstiefel Rindbox, extra stark, 8.75, **7⁵⁰**
 Herren-Zug- u. Schnürstiefel, la Boxcall, nur **9⁵⁰**
 Herren-Schnür-Zugstiefel echt Goodyear-Welt **10⁵⁰**



Extra-Angebot!

Schulstiefel, Größe 27/30	50 ⁹	4 ²⁵	3¹⁰
" " 31,35	6 ⁰⁰	4 ⁷⁵	3⁰⁰
" " 36,40	7 ⁵⁰	6 ⁵⁰	4⁹⁰

Bester Schulstiefel für Knaben,

Rindleder genagelt, Ersatz für Handarbeit, Größe 36/40 **6⁵⁰** 31/35 **5²⁵**

10770

Mitglieder des Konsum-Vereins Vorwärts erhalten besondere Marken.

Central-Schuhhaus Ernst David & Co. nur Reuschestr. 45
am Hotel Union.

52 **Ulster, Paletots** **52**
Wetter - Mäntel
: Anzüge :
Jünglings- und Knaben-
: Garderobe :
 in nur realen Qualitäten
 zu **billigsten Preisen.** 10756
Eduard Freund
 52 Reusche-Strasse 52 **52**

V. erwöhnt. Rauchern empf. ff. Qualitäts-Zigarren
 be-telagert, p. St. 5, 6, 7, 8, 10 Pf. usw., bei Original-Kisten 10% Rab.
 Zigarren-Spezialgeschäft Friedrich-Wilhelmstrasse 55/57.
A. Block's Nachf. Foerster [9308]

„Der wahre Jakob“.
 Sozialdemokratisches Witzblatt. — Heft 10 Pfa.

Billige Kaninchen!
 Halbe Hasen, billige Rehblätter,
 Hirs-hfleisch, f-tante Fasanen,
 Rehkochfleisch empfehle
 billigst
J. Hein, Viktoriast. 112.

Fleischwaren!
 Räucherspeck à Pfd. 80 Pf.
 Rauch-Fleisch „ 90 „
 Prima Roll-Schinken
 z. Rohschneiden à Pfd. 1.20
 Sämtliche anderen Fleisch-
 waren zu Tagespreisen,
Emil Hellmann
 Sandstrasse 13
 gegenüber der Zentral-Markthalle.
 6393

Hasen billiger!
 Halbe Hasen, halbe Rehkräten und
 Hasen. [10758]
C. Eilguth, Wratzka-Platz 21.
 Begründer 1892.

Sanitätsartikel
 : Bruchbänder, Leibbinden :
 Gradhalter f. Schiefwachsende
W. Fritz, Reuschestr. 36.
 9-149

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau
 Museumplatz 4

Brieger's Herren-Modebazar, Albrechtsstr. 52
 Herren-Wäsche, Krawatten, Trikotagen und Hüte
 gibt auf die **bekannt billigen Preise** noch 9764
grüne Rabattmarken.

Für den
Weihnachts-
Bedarf
 bietet der
3 Mk.-Bazar
 Schweidnitzerstrasse 7

Unerreichtes

Geschenkartikeln | Luxuswaren
 Lederwaren | Galanteriewaren

Ohne Ausnahme Jedes Stück 3 Mk.

Schweidnitzerstrasse 7

10752

Total-Ausverkauf
 meines **Wirk-, Woll- u. Arbeiterkonfektions-Geschäfts** zu
 kammend billigen Preisen. **Günstige Gelegenheit für Vereine**
 u. Privat zum Einkauf für den Winter u. Weihnachtstisch. [10733]
Eugen Glaser, Friedrich-Wilhelmstr. 31.

Neu eröffnet!

Spezialität:
Hüte und Mützen
 für
Herren & Knaben
H. Schönfeld,
 Bohrauerstrasse 45.



10762

Schluss meiner 95 Pfennig-Tage

In einigen Tagen.

10775

Kaufhaus A. Robowski, Gräbschenerstrasse 54.

Nebst: Westendstr. 51, Hohenzollernstr. 2, Gräbschenerstr. 82a, Leuthenstr. 51.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. November.

Arbeitslosenzählung.

Um falsche Angaben zu vermeiden, ist darauf zu achten, daß die Namen der Arbeitslosen auf die Innenseiten des amtlichen Fragebogens geschrieben werden müssen! Dort sind auch alle Fragen über die Arbeitslosigkeit zu beantworten.

Auf der Vorderseite sollen die Namen aller Mieter des Hauses eingetragen werden, damit die Liste richtig kurzgefaßt, nicht aber die Arbeitslosen.

Weidens ist streng auseinanderzuhalten. Obwohl die Bestimmung der einzelnen Rubriken recht deutlich angegeben ist, haben wir bereits den Fragebogen aus einem von Beamten und Großkaufleuten bewohnten Hause, in dem die Namen aller Mieter in die Liste der Arbeitslosen eingetragen waren, also die Herrschaften alle als „arbeitslos“ ausgeschrieben wurden.

Solche Irrtümer können natürlich das Ergebnis der Zählung stark beeinträchtigen und es ist deshalb erwünscht, daß man überall auf genaue und richtige Ausfüllung der Fragebogen acht gibt.

Stadtverordneten vor ihren Wählern.

Am Donnerstag Abend hatten die von den Arbeitern gewählten Stadtverordneten Gelegenheit, in drei verhältnismäßig sehr gut besuchten Versammlungen ihren Wählern Rechenschaft zu geben über ihre Stellung zur geplanten 75-Millionen-Anleihe. Der abweichend von ähnlichen bürgerlichen Unternehmen lebhafteste Anteil der Arbeiter an städtischen Leben zeigte sich aber nicht nur im starken Besuch der Versammlungen, sondern auch in der sehr großen Beteiligung an der Aussprache. Es kamen viele gute und nützliche Anregungen von schlichten Bürgern, denen man eine solche Beachtung sicher nicht zugetraut hätte. Das Ergebnis der Veranstaltung ist, daß nicht nur die Stadtverordneten ihre Wähler über wichtige schwebende Stadtfragen unterrichteten, sondern daß auch sie manchen wertvollen Wink bekamen, der ihnen vielleicht künftighin wichtige Dienste leisten wird.

Einstimmig wurde die bisherige Stellung unserer Vertreter zu den großen Fragen der Gemeinde gutgeheißen. Kritisch gab es auch hier und da kleine Bemängelungen. Diese ereigneten sich aber nur auf verhältnismäßig unbedeutende Dinge. Zunächst betrafen sie nur Zukunftswünsche, die, soweit sie berechtigt und nützlich sind, sicher von unserer Fraktion gefördert werden.

Eigentümlich wirkte das Erscheinen von Polizeibeamten in allen Versammlungen. Uns ist kein Fall bekannt, daß der Polizeipräsident seine Beamten auch in bürgerliche Versammlungen geschickt hätte, die sich mit ähnlichen Dingen beschäftigten. Eine solche übermäßige Vorsicht ist wahrhaftig unnötig. Wäre es nicht besser, man gönnte den armen Beamten die gesunde Nachtruhe, als daß man sie den Arbeitern nachjagt? Uns können sie ja nicht schaden. Aber aus Mitleid mit ihnen möchten wir gegen ihre sinnlose Verwendung Einspruch erheben.

Vor dem Nikolator.

Die Versammlung im „Schweizerhof“ wies eine für Kommunalwähler-Versammlungen sehr starke Anzahl von Besuchern auf. Der Saal war gut besetzt.

Stadtverordneter Schick hielt den einleitenden Vortrag, worin er sich mit den städtischen Finanzen im allgemeinen beschäftigte. Wir leiden heute sehr an den Unterlassungen unserer Vorfahren, die nicht den rechten Blick für das Kommende gehabt haben. Um das Unterlassene nachzuholen, müssen wir auf große Opfer bringen. Soweit es sich um die einmaligen Ausgaben für verbundene Anlagen, wie Straßenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke, handelt, können diese sehr wohl aus Anleihen gedeckt werden, denn diese Anlagen machen sich von selbst bezahlt und belasten die Zukunft nicht. Anders steht es mit den einmaligen Ausgaben für Kanalisation, für Schulen, Sicherheitsdienst, gärtnerische Anlagen, Krankenhäuser und sonstige im Interesse der Gesundheit der Bewohner zu schaffende Einrichtungen. Diese Ausgaben sollten stets aus vorhandenen Mitteln bestritten werden, und gelte es, zu diesem Zweck Rücklagenfonds zu schaffen. In Breslau aber sind die Stadtverordneten auch heute noch zur Anlegung solcher Fonds nur sehr ungern zu haben. Das Hausbesitzprivileg wirkt nach wie vor dahin, die Gegenwart auf Kosten der Zukunft zu entlasten. Der Redner spricht dann die Vermögenslage der Stadt. Wir können eine Anleihe, wie die geplante, noch vertragen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten sehen ihre wichtigste Aufgabe darin, darüber anzutreten, daß bei der Anleihe die wirklich kulturellen Zwecke nicht zu kurz kommen. (Lebhafte Beifall.)

Stadtverordneter Philipp ging dann die einzelnen Punkte der Anleihe durch. Leider hat die mit der Prüfung betraute Sonderkommission das Projekt eines neuen Asyls für Obdachlose fallen gelassen. Die Zustände, die in dem heutigen Asyl herrschen, sind einer Großstadt unwürdig. Die Armen müssen sich dort nicht wohler, als auf der Straße. Sie erhalten kein Abendbrot und kein Frühstück, und anstatt ihnen Gelegenheit zu geben, sich durch Arbeit ihren Unterhalt im Asyl zu verdienen, wirft man sie am Morgen auf die Straße und überantwortet sie den Bestien. Auch die Forderung für den Kinderhort sind von den städtischen Körperschaften abgelehnt worden. Man sagte, die Räume genügen noch. Dabei müssen Kinder wegen Überfüllung oft genug im Armenhaus untergebracht werden. Manche Kinder sind bis zu einem Jahre im Armenhaus untergebracht gewesen. Für „patriarchale“ Läden haben die Stadtväter eher den Beifall offen. Mit dem Pflegen der Anleihe in Herrnpflicht hat sich die Stadt ein schönes Denkmal gesetzt. Leider sind jetzt die Mittel für den ferneren Ausbau auch zum Teil gestrichen worden. Der Ausbau des „Allerheiligen-Hospitals“ scheitert am Fiskus, der für das Zeughausgrundstück am Burgfeld unbezahlbare Summen fordert. So wird nun ein modernes Krankenhaus mit 800 Betten an der Peripherie der Stadt errichtet werden und das „Allerheiligen-Hospital“ wird einer Renovierung unterzogen. Dem Neubau eines Frauen-Krankenbaus ist zugestimmt worden. Das bisherige Gebäude auf der Einbaumstraße wird in Zukunft ebenfalls Krankenhauszwecken dienen. Redner kam dann zu den geplanten Brüden-Neubau. Unbedingt erforderlich ist eine Brücke zwischen dem Nikolator und dem Oberion. Die Brücke ist heute mit Substrat überdeckt, als die Schifffahrt

Wilhelmstraße. Dazu kommt dort noch der sehr rücksichtslose Verkehr der Militären zwischen den Kasernen und dem Exercierplatz, der den lästigen Verkehr störend oft ganz verhindert. Mit dem Brückenprojekt im Zuge der Landstraßenbahn kann man sich befreunden, doch würde die Fraktion auch einem anderen geeigneten Projekt zustimmen, falls ein solches sich einstellt. Der Redner erklärte sich ferner für den Neubau der Universitätsbrücke und für eine neue oder verbesserte Sandbrücke. Die Projekte der Werderstraße und der Adlerbrücke im Zuge der Schiffsbrücke lehnte er wegen der aufzukaufenden Kosten ab. (Lebhafte Beifall.)

Es folgte eine längere Aussprache, in der sich alle Redner mit den Ausführungen der Referenten einverstanden erklärten und eine Menge lokaler Wünsche äußerten. Allgemein wurde über die Zurücksetzung des Nikolators geklagt. Genosse Stumpe führte aus, daß die Verkehrsverhältnisse nach dem Neubau genau noch dieselben sind, als vor 25 Jahren. Dabei mangelt es an den Zufahrten zu dem Lausitzer nach an der nötigen Beleuchtung. Die Leute, die am Morgen vom Oberion nach der West gehen, laufen jedesmal Gefahr, die Beine zu trennen. Auch von der Lorenzstraße nach der Westendstraße wagt man nicht zu gehen. Die Straßenbeleuchtung ist schlecht und die Gängegasse ist stellenweise überhaupt nur auf einer Seite beleuchtet. Auf der Westendstraße werden die Laternen so früh angezündet, daß die Arbeiter im Finstern zur Arbeit gehen müssen. Es fehlt den Stadtvierteln ferner an Spielplätzen und Grünanlagen. Von der Viehwiese werden Frauen und Kinder fortgetrieben, wenn das Militär kommt, und von der Odeer sagt sie die Polizei fort, weil Unruhmöglichkeiten vorliegen sind. Der Württemberg Straße fehlt es nicht nur sehr an Licht, der dort gerade im Bau begriffene Kanal könnte auch längst fertig sein.

Ein weiterer Redner klagte über die schlechte Verbindung mit Gräbichen. Bei schlechtem Wetter versinken die Arbeiter bis über die Knie in Schlamm. Geklagt wurde auch von einem Redner, daß in den städtischen Vertrieben nicht nur massenhaft Leute von auswärts, sondern auch Ausländer beschäftigt werden, während die Breslauer Arbeiter keine Beschäftigung haben.

Ein bürgerlicher Besucher empfahl das Werderbrücken-Projekt.

Genosse Striegel wünscht außer den vom Referenten empfohlenen Brückenprojekten auch den Ausbau der Posener Brücke. Bedauerlich ist, daß das Asyl geschlichen wurde. Die Beleuchtung am Berliner Platz ist geradezu elend. Es gilt auch mehr Freihäuser zu schaffen, dann wird das Baden an verborgenen Stellen von selbst aufhören.

In seinem Schlusswort ging Genosse Schick auf die geäußerten Wünsche ein, auf deren Erfüllung die sozialdemokratische Fraktion hinarbeiten wird. Esprellung für den Stadtbau ist, daß die Elektrizität nun vom Striegauer Platz bis nach Klein-Moschorn, vom Theaterplatz nach dem Geympark und von der Endstation nach Pilsentz geführt wird.

Im Gewerkschaftshaus

Liegen die Stadtverordneten Zimmer und Schäfer. Zimmerer betonte, daß wir jetzt für die kurzfristige Gemeindeverwaltung der Zeit vor dem Oberbürgermeister Wender sitzen müssen. Das, was gefordert wird, ist das Allerweltsächste. Um so verwertbarer ist das Streichen von Ausgaben, die besonders den armen Bürgern nützlich gewesen wären, wie das neue Asyl und andere gemeinnützige Bauten. Recht deutlich ist die Gewinnlust unserer Besten bei der Brückenfrage hervorgetreten. Die Eigentümerin eines Grundstücks, das die Stadt erwerben wollte, forderte nicht weniger als 1400 Mark für den Quadratmeter. — Die geforderte Summe erscheint hoch. Aber Breslau hat eine gute Entwicklung und man muß eben für die Zukunft sorgen. Hebrigens werde das Geld ja nicht sofort angefordert. Es verteilt sich auf ungefähr 15 Jahre. Eine gesunde Bodenpolitik des Magistrats muß aber von uns unterstützt werden.

Der Stadtverordnete Schäfer besprach die Brückenfrage. Die Fraktion habe sich für den Neubau der Universitätsbrücke und der Schiffsbrücke entschieden. Die Sandbrücke soll verabschiedet werden.

Die Aussprache war recht lebhaft. Genosse B. Müller ist gegen Anleihen. Hier sind sie aber einmal nötig. Man sollte aber die Fortführung der Straßenbahn in die Vororte nicht mit der Begründung unterlassen, daß man diese damit zur Eingemeindung zwingen will. Dadurch werden nur die Wohnverhältnisse in der Stadt verschlechtert. Kritischer wünscht eine Straßenbahn nach Rosenthal, weil viele Arbeiter dort wohnen. Es ist erfreulich, daß gerade die Sozialdemokratie immer voran gehe, wenn etwas Gutes geschaffen werden solle. Günther hält einen Staatsnachhof in Scheitern für sehr notwendig. Auch sollten die Kasernen aus der Stadt verlegt und an ihre Stelle nützlichere Gebäude ersetzt werden. Warum hat man nicht einige Millionen für Arbeiterwohnungen vorgelesen? Der Magistrat sollte auch Wohnhäuser errichten, um billigeres Fleisch zu schaffen. Richter bemängelt die Ausgaben für die städtischen Theater. Stadtverordneter Koschik wünscht eine Ueberbrückung der Bahn von Gräbichen nach Pilsentz.

Zimmerer betont im Schlusswort, daß bei der Enteignung nicht die Bedürfnisfrage geprüft wird. Die Brückenfrage ist sehr schwierig und alle Wünsche kaum zu erfüllen. Die Hälfte der Stadtverordneten sind bekanntlich Hausbesitzer und sträuben sich natürlich gegen den Bau städtischer Arbeiterwohnungen. Die Theater sind Bildungsstätten für alle Bürger und müssen unterstützt werden. Die große Zahl neuer Anregungen ist erfreulich. Dafür sind wir sehr dankbar. Sorgen Sie, daß unsere Fraktion stärker wird, dann werden wir leichter Arbeit haben.

Ober- und Sanddorfstadt.

Im großen Saale der „Deutschen Krone“ auf der Weinstraße hatten sich gegen 200 Zuhörer eingefunden, die mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen der Stadtverordneter Genossen Schick und Flöte lauschten. Genosse Prosig eröffnete die Versammlung und wies auf die Wichtigkeit der Vorlage hin, da ihr eine gewisse Bedeutung für das nächste Steuerjahr zukomme. Danach überleitete Genosse Schick in etwa einstufiger Rede über die 78 Millionen-Anleihe, indem er zuerst ihre Vorgeschichte und Notwendigkeit besprach. Die Schulden der Stadt haben zwar von Jahr zu Jahr zugenommen, dennoch ist die Stadt nicht überschuldet, denn auch der Besitz hat in gleichem Maße an Umfang sich verbreitert. Im einzelnen ging dann der Redner auf die Vorlage selbst ein. Durch Steuern die notwendige Summe aufzubringen, war nicht angängig, es blieb als Ausweg nur die Anleihe übrig. Die zu machenden Ausgaben zerfallen in solche verbinder und nichtverbinder Art. Große Enttäuschung rief es bei den Versammelten hervor, als Schick darauf zu sprechen kam, daß die Vorlage des Obdachlosen-Asylneubaus durch die Schuld der bürgerlichen Stadtverordneter mehrheitlich unter den Tisch geschoben ist. Auch für den Kinderhort hatten diese Herren nichts übrig und bewilligten große Mittelsummen. Ueberhaupt ist man in den Ausgaben für die Armen immer sehr parsimonisch. In allen Kommunen werden Zuschüsse für die Krankenhäuser in den Etat eingestellt. In Breslau will man auf einmal damit brechen, der Sanktion der bürgerlichen Echarmsmacher. Weiterhin betonte der Redner, wie sehr es an einem Stadthaus mangelte, damit ein einheitlicher Verwaltungsbetrieb geschaffen wird. Die geplanten neuen Straßenbahnlirnen wurden aus

at Wilhelmshaus als grimmigen Gegner der Eingemeindung. Schließlich beschloß sie sich der Vortragende noch mit dem Gemeindegewalt.

Der zweite Redner Genosse Flöte sprach danach über die Brückenprojekte in recht anschaulicher Weise, worauf nach einer kurzen Pause die freie Aussprache begann, die sehr rego einsetzte. Genosse Schick betonte die verkehrstechnische Notwendigkeit der zu errichtenden Schiffsbrücke. Die Arbeiter würden diese Brücke dankbar begrüßen; sie würde vielen den täglichen zeitraubenden Umrudern ersparen. Genosse Schmidt unterstrich die Ausführungen des Genossen Schick und gellte ebenfalls die falsche Sparameist der bürgerlichen Stadtverordneter. Die Breslauer Sozialdemokratie müsse die Stadtverordnetenmandate endlich einmal in die Hände bekommen. Vor Jahren wurde der von den Sozialdemokraten bewilligte Kommunalzuschlag von 8 Prozent auf Freiheiten der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Jetzt ist eine Steuererhebung unabweislich, was die sozialdemokratischen Stadtverordneter damals vorausgesehen haben. Es wäre weit besser gewesen, die 8 Prozent Zuschlag damals nicht zu streichen. Genosse Wittkowski bemängelte die schlechte Beleuchtung in den Vorstadtstraßen. Im vornehmen Süden sei für ausreichende und sogar elektrische Beleuchtung schon lange gesorgt. Für Pilsentz sei es nur Geld genug, nur nicht dort, wo es sich um zweckdienliche soziale Verbesserungen handele. Genosse Wittke erklärte zum Protest der Schiffsbrücke, daß ihre Ausführung kommen muß, darüber sei sich die kleine Fraktion der sozialdemokratischen Stadtverordneter einig. Im Süden ist allerdings alles sehr gut bestellt, während die anderen Vorstädte, wo vorwiegend Proleten wohnen, in dieser Hinsicht schlechter daran sind. Es geht auf dem Gebiet der Straßenbeleuchtung. Genosse Dauter rief auf die Unzulänglichkeit der Universitätsbrücke hin. Ein anderer Genosse meinte, der Ausbau unserer städtischen humanitären Einrichtungen, der Ausbau von Krankenhäusern und Schulen geht allem anderen vor. Genosse Flöte bemerkte in seinem Schlusswort, wenn die Stadt mit der Verwirklichung ihrer Projekte rechtlich anfangen würde, so könnte die Arbeitslosigkeit in Breslau stark gemindert, wenn nicht ganz beseitigt werden. Schick war auch dieser Ansicht und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir nächstes Jahr voraussichtlich eine etwas bessere Konjunktur haben werden. In vielen Stellen wurde aus der Versammlung heraus der Wunsch laut, daß bei der Beratung der Arbeiter in erster Linie Breslauer Arbeiter berücksichtigt werden möchten. Genosse Schick gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Zahl der Genossen im Stadtparlament noch stark erhöht, dann werden auch die Wünsche der Arbeiter noch mehr berücksichtigt werden können, als bisher. Genosse Prosig: Der Magistrat ist gewillt, große Probleme zu lösen. Von der bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordneter wird er dabei oft genug im Stich gelassen. Nur die Sozialdemokraten sind es, die mit ihm gehen, wenn es sich um die Interessen der Armen und der Arbeiter handelt. Es gilt für jeden Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen im nächsten Jahre auf dem Posten zu sein. Mit einem Appell, die Organisation und die Presse zu stärken und zu fördern, schloß Genosse Prosig die Versammlung nach 11 Uhr.

Die Ausschusswahlen der allgemeinen Orts-Krankenkasse.

Am 1. September sind die Ausschussmitglieder der allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau gewählt worden. Das Versicherungsausschuss hat auf den Einspruch des Wahlauschusses der freien Gewerkschaften diese Wahl als ungültig erklärt, soweit es sich dabei um die Kassemitglieder handelt. Die Neuwahl des Ausschusses ist jetzt auf den 20., 21. und 22. Januar 1914 angelegt worden. Gewählt wird im großen Schicksalssaal; die weiblichen Kassemitglieder wählen am 20. Januar, die männlichen am 21. und 22. Januar.

Eine Wandschmuck-Ausstellung

wird am Sonntag nachmittag 4 Uhr in den Zimmern 7 und 8 des Gewerkschaftshauses eröffnet. Sie wird vor allem

Bücher — Bilder — Hausgeräte,

wie sie sich zu Weihnachtsgeschenken in Arbeiterfamilien eignen — also von den niedrigsten Preisen an — bieten. Die Ausstellung bleibt eine Woche hindurch — vom 30. November bis zum 7. Dezember, täglich von 5 1/2 Uhr abends an geöffnet. Besonders allen Genossen, die in dieser Woche zu Sitzungen und Versammlungen das Gewerkschaftshaus aufsuchen, seien hierauf aufmerksam gemacht, aber auch ein besonderer Weg zur Ausstellung wird sich lohnen. Natürlich ist der Eintritt frei und es findet in der Ausstellung irgend ein Verkauf nicht statt, nur Anregungen für spätere Einkäufe und Geschenke sollen mit dem Besuch verbunden sein, den wir allen organisierten Arbeitern und ihren Frauen warm empfehlen können.

Volkskonzert im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Auch in diesem Jahre veranstaltet der Bildungs-Ausschuss ein Volkskonzert, das von Mitgliedern der Stadttheaterkapelle unter der Direktion des Herrn Paul Fischer am Sonntag, den 7. Dezember, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ausgeführt wird. Für dasselbe ist ein vornehmtes Programm — Weber, Schubert, Haydn, Bizet, Sarasate, Strauß — ausgewählt, Gute Konzertmeister Konratich, der beste Violoncellist, ist mit ihrem Solo vertreten. Die Programme zum Preise von 30 Pfennig, die zum ersten Male kurze Lebensabrisse der Komponisten enthalten, sind an folgenden Stellen zu haben: Expedition der „Volksmacht“, Scherershaus, Zimmer 37 und Zigantowen, ferner bei Lige, Gumboldstraße 8, Paul Bernhardt, Bentzenstraße 53, Herrn Reichelt, Mathiasstraße 149, Paul Poyerte, Mathiasstraße 26, Herrn Janna, Gubenstraße 80, Opiß, Gohlstraße 104, Hoffmann, Gräbichener Straße 124, Rißner, Schulgasse 21 und Zobtersstraße 16.

* Eine Einkaufsreise größeren Umfanges veranstaltete die Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Papier- und Schreibwarenhändler e. B. m. b. H. in diesen Tagen. Der Besuch war trotz des ungünstigen Wetters ein recht guter.

* Esperanto. Vielfältigen Wünschen und den Bedürfnisse-Rechnung tragend, veranstaltet die Arbeiter-Esperanto-Gruppe 1 neue Esperanto-Kurse. Der Wochenkurs beginnt Sonntagabend, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses, der andere am Sonntag, den 30. November, vormittags 9 Uhr, in demselben Raume. Allen Damen und Herren, die durch Erlernen des Esperanto eine wirkliche Internationale herstellen helfen wollen, sind freundlich eingeladen. Unterricht mit Lehrbuch 2 Mark. (Streik)

Der Kampfversammlung der Ärzte.

Seit Freitag Abend haben die Ärzte eine Versammlung im Vincenzhaus einberufen, in der sie die Öffentlichkeit von der Berechtigung ihrer Forderungen überzeugen wollen. Sie haben sich die Sache allerdings etwas bequem gemacht, indem sie erstens nur vor geladenem Publikum reden und zweitens keine Ausprüche zulassen! Zu den Geladenen gehören, wie wir durch Anfragen festgestellt haben, die Vorstände der im Kampfe stehenden Krankenkassen nicht! Doch das ist das gute Recht der Ärzte, obwohl es etwas eigentümlich anmutet, daß sie selbst in die von den Krankenkassen einberufenen Versammlungen gehen, dort die freie Diskussion stundenlang ausnützen und das gleiche Recht ihren Gegnern verweigern. Es wird ihnen aber nicht schwer fallen, den nicht allzu großen Vortragsaal mit 500 Ärzten, deren Frauen und deren rühre Bekanntheit gut zu besetzen. Hoffentlich erzielen sie in diesen Kreisen einen kräftigen Sieg über den — abwesenden Feind!

Wie tief sich die „Breslauer Zeitung“ mit ihrer Dienstlosungsverpflichtung verrannt hat, zeigt der Umstand, daß sie jetzt behauptet: Die „Volksmacht“ stellt es so dar, als ob die Breslauer Dienstboten eine ambulante Behandlung bisher überhaupt nicht genossen! Dabei haben wir zuerst auf das Bestehen dieser ambulanten Behandlung aufmerksam gemacht:

„Dabei wird den Herrschaften noch mehr geschickt und zwar auf Kosten der Ärzte. Denn für den Gebrauch von 8 Mark erwerben sie außer ein Anrecht auf ambulante ärztliche Behandlung in den Kliniken. Die von Herrn Dehler so protegieren Ärzte werden ihm bereitwillig bestätigen, daß ein Anschlag von 8 Mark für Kopf und Jahr der Eingekauften eine sehr niedrige Bezahlung ist und doch entstehen da weitere 30.000 Mark, die die Stadt den Herrschaften schenkt!“

Wenn man so zur Entstellung der Tatsachen greift, dann preist's auf dem letzten Loch! Lebrigens bleibt uns die „Bresl. Zig.“ nach wie vor die Antwort darauf schuldig, wie es möglich ist, daß sie als freisinniges Blatt ein von freisinnigen Abgeordneten jahrelang gefordertes, jetzt geschaffenes und als Fortschritt gepriesenes Gesetz plöblich bekämpft, weil es den Herrschaften etwas kostet! Erkläre mir.....

Arbeitsfaule oder Arbeitsunfähige?

Der Berichterstatter der christlichen, konservativen „Schlesischen Morgenzeitung“ schreibt über die Arbeitslosenversammlung im Gewerblichshause, man könne mit gutem Gewissen behaupten, daß die Arbeitslosen sich „hauptsächlich aus Arbeitsfaulen oder Arbeitsunfähigen“ zusammensetzten.

Der Herr, der das geschrieben hat, war selbst in der Versammlung. Ueber die volkstümliche Roheit, die in der Verböhnung der Arbeitslosen liegt, wollen wir kein Wort verlieren. Nur feststellen wollen wir von den Arbeitslosen, wie die Herren sie behandeln, die sich ihre christlichen Glaubensgenossen nennen und die von ihnen Patriotismus und „WaterlandsLiebe“ verlangen.

Die veräuferte Anmeldung zur Krankenkasse.

Der Inhaber einer hiesigen Annoncen-Expedition hatte einen Kontoristen „auf Probe“, zunächst ohne jede Entschädigung eingestellt. Am 5. Tage nach seinem Eintritt wurde der junge Mann von seinem Arbeitgeber in der kaufmännischen Krankenkasse angemeldet, während der Kontorist sich schon nach drei Tagen krank meldete. Bei Krankmeldung lag der Kass., also noch gar keine Anmeldung vor und sie war, ungeachtet dieses Umstandes, nach dem Krankentafelgesetz verpflichtet, für Arzt-Verpflegung und Krankengeld Sorge zu tragen. Daselbst Geheh schreit aber auch die Anmeldung der Angestellten in drei Tagen drei Tage nach dem Beginn der Beschäftigung vor und auf Grund dieser Bestimmung bekam der Arbeitgeber einen Strafbefehl über 3 Mark, gegen den er Einspruch erhob. Vor dem Schöffengericht machte er geltend, daß, weil es sich nur um ein „Probeneingetragenes“ gehandelt habe, er die vorgeschriebene Anmeldung des Kontoristen als nicht nötig erachtete. Solange kein festes Vertragsverhältnis geschaffen war. Der Vorsitzende der Kasse, Genosse Zimmerer, der als Besize vernommen wurde, wies ausdrücklich darauf hin, daß das Gesetz eine probe-weise Beschäftigung nicht kennt und daß deshalb der Einwand des Angeklagten hinsichtlich der Anmeldung, entscheidungsbefähigt sich der Beschuldigte damit, daß dem Vergehen eine Summgenüßigkeit seines Angestellten, der sich um das An- und Abmeldewesen zu kümmern habe, zu Grunde liegt.

Aus aller Welt.

Schweres Einbrunnenstüd.

2 Arbeiter tot — 4 Arbeiter lebensgefährlich verletzt.
Auf dem Werftplatz der Schiffbau-Gesellschaft „Danubius“ in Jänne führte beim Bau eines neuen Raub das Arbeitergerüst ein. Ein Arbeiter wurde bei dem Einbrunnen sofort getötet, einer nach an dem Transport in die Kranenhand, vier sind tödlich verletzt. Das Unglück wird auf einen Konstruktionsfehler zurückgeführt.

Endlich ein Architektenprotest gegen Wilhelm II.

Der Bund deutscher Architekten, der unter Leitung von Geh. Bauamt Professor Treuden in Aachen steht, hat an den Reichstag jetzt eine Eingabe, den Neubau des Reichstagsgebäudes in Washington betreffend, gerichtet. In dieser Eingabe spricht, nach nochmaliger Auslegung des Wettbewerbsvertrages für das Washingtoner Reichstagsgebäude, der Bund deutscher Architekten den Wunsch aus, der Reichstag möge veranlassen, daß über die beschuldigte weitere Behandlung des Wettbewerbs öffentlich Mitteilung gemacht werde, und zugleich dahin werden, daß diese für das deutsche Volkswesen in hohem Grade bedeutende Angelegenheit in einer Weise erledigt werde, die einer loyalen Auffassung und Durchführung des künftigen Wettbewerbsvertrages und damit den wichtigsten Forderungen der gesamten Bauerschaft entspricht.

Für Begründung dieser Bitte — heißt es kann weiter — möge noch besonders ins Gewicht fallen, daß gerade die im Reichstagsgebäude betonte Aussicht auf eine weitere Bearbeitung der Bauforderungen durch einen der Sieger entscheidend war für die zahlreiche Beteiligung auch der hervorragendsten Architekten, und das deren Empfindung: zu verträglich gewesen zu sein, gewissermaßen die amtliche Bestätigung erhält, wenn jene verheißene Bestimmung des Wettbewerbsvertrages unbeachtet bleibt. Daraus ein dem Reichst.

Das Gericht erkannte hier auf eine Mark Geldstrafe, indem es den vorgebrachten Entschuldigungsgrund als durchaus nicht stichhaltig ansah. Weil sich der erste Fall der Verurteilung jedoch der Auffassung des Angeklagten bei und sprach ihn frei. In der Urteilsbegründung ließ der Vorsitzende unverkennbar durchblicken, daß ihn die Schöffin im Beratungszimmer überstimmt hatten und daß der Freispruch wider seine Stimme zu Stande gekommen war. Da es sich um einen prinzipiellen Entscheidungsfall handelte, wird die Unsanftmütigkeit zweifellos Verurteilung einlegen, jedoch sich das Landgericht voraussichtlich mit der Sache nochmals zu beschäftigen haben wird. Wie wir erfahren, herrscht über die krankengeschäftlichen Vorschriften sowohl im Arztsamt als auch in Anstaltenkreisen noch sehr viel Unklarheit. Wir werden nicht veräumen, demnächst die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes in einem besonderen Artikel eingehend zu besprechen und glauben damit einem fühlbaren Bedürfnis Rechnung zu tragen.

„Gleich und widerspenstig.“ In die Werkzeug- und Maschinenfabrik von B. trat im Mai 1913 ein junger Mann als Lehrling ins Kontor ein. Zwischen dem Vorwand des Verbringens und der Firma wurde ein schriftlicher Vertrag geschlossen, wonach die Lehrzeit zwei Jahre dauern sollte gegen entsprechendes monatliches Kostgeld. Der Lehrling wurde im Oktober entlassen, weil er gegen seine Vorgesetzten und den Lehrherrn frech und widerspenstig aufgetreten sei. Der junge Mann hielt die Entlassung als unanerkennbar und klagte gegen das Gericht auf Zahlung des Kostgeldes für die Zeit vom Winter 1913 bis Mai 1914 im Gesamtbetrage von 840 Mk. Der Beklagte beantragte, die Klage abzuweisen, indem er an ab, der Kläger sei entlassen worden und frech aufgetreten, was er in einem Schreiben von einem Lehrling nicht widerlegen könne. Er sei wegen seiner Nachlässigkeit nicht entschuldigend verantwortlich, sondern ja schließlich er frech widerredeten. Ein Zeuge bestätigt diese Angaben. Der Kläger beharrt dennoch, sich widerlegtlich zu verhalten, er wisse, wie die Klage dem Lehrherrn und dem Vorgesetzten schuldete. Der Vorsitzende, Gewerbeinspektor Bauer, bemerkte, daß solche Ausreden wie „frech und rabiat“ noch keine Tatsachen darstellen, es müsse sein, um die Entlassung als Lehrling rechtfertigen zu können, wichtige Gründe vorzulegen, und diese müssen vom Kaufmannsgericht genau geprüft werden. Die Beweisführung ergab, daß der Lehrling, als er wegen ewiger Fehler zur Rede gestellt wurde, gesagt hatte, „bisher habe ich alles widerstandslos hingenommen, jetzt ist es mir nicht länger gefallen, denn ich traue nicht allem die Schuld; wer aber sagt, ich bin frech gewesen, der liegt.“ Der Vorsitzende und die Beisitzer gaben sich die erforderliche Mühe, eine Einigung herbeizuführen. Der Beklagte sollte dem Kläger die Möglichkeit lassen, die Lehrzeit zu vollenden: er verlangte jedoch ein Urteil. Es fiel zu seinen Ungunsten aus.

Das Kaufmannsgericht hatte nicht die Überzeugung, daß der Kläger frech und widerspenstig gewesen sei. Ein Lehrling sei kein Angestellter; er bedürfte der Unterweisung und der Kontrolle. Man könne nicht verlangen, daß er selbständig und fehlerfrei arbeite. Wenn er gesagt hat, ich bin nicht der allermeiste schuldige Teil, ich lasse mich die Vorwürfe nicht mehr gefallen, so hatte er hierzu ein gewisses Recht. Auf seinen Fall war das Benehmen des Lehrherrn eine so schwerwiegende Verletzung, daß die Entlassung als gerechtfertigt anzusehen ist, und die Klage wurde zur Zahlung der Klageforderung verurteilt.

Keine Mätern im städtischen Säuglingsheim. Uns geht folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu:
In Nr. 221 der Breslauer Morgenzeitung ist eine Mitteilung veröffentlicht, nach der im städtischen Säuglingsheim und dem damit verbundenen Kinderhort Mätern zum Ausdruck gekommen sind, daß sämtliche Kinder davon befallen seien. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen.
Es ist jetzt auch nicht ein einziger Fall von Mätern weder im Kinderhort noch im Säuglingsheim vorhanden; von einem Ausbruch der Krankheit in diesen Anstalten kann überhaupt keine Rede sein.

Da die erwähnte Mitteilung geeignet ist, Verunreinigungen in der Einwohnerschaft, insbesondere bei den Angehörigen der in den Anstalten befindlichen Kinder hervorzuheben, geben wir hiermit Kenntnis mit dem erbetenen Ersuchen, einen entsprechenden Vermerk im redaktionellen Teile Ihrer Zeitung zu veröffentlichen.

Der Vorstand des Kinderhorts und des Säuglingsheims.
Der Bezirks deutscher Kaufleute bezieht sich in seiner Generalversammlung am Mittwochabend mit der Sonntagsruhe. Es wurde folgende Entscheidung angenommen:
Die am 27. November 1913 tagende Generalversammlung des Vereins der deutschen Kaufleute, Vereinigung Breslau, erhebt ernstlichen Protest gegen den von der Regierung dem Reichstage vorzulegenden Entwurf über die Regelung der Sonntagsruhe. Nach den von vielen Gemeinden und wirtschaftlichen Prinzipalorten eingehenden Erörterungen müßten die Angeklagten erwarten, daß das neue Reichsgesetz das völlige Verbot der Sonntagsarbeit bringen würde.

Wir fordern deshalb den deutschen Reichstag auf, daß er nun endlich nach 20 Jahren geheizt übersteht die Würde der Handlungsgeschehen und eines großen Teils der Kaufmannschaft erfüllt und die oblige Sonntagsruhe einführt.
Die Generalversammlung der Vereinigung Breslau des Vereins der deutschen Kaufleute richtet an alle Bevölkerungskreise die dringende Bitte, die kaufmännischen Angeklagten bei der

Bewerber fernstehender Architekt (der Hofarchitekt Wilhelm II.) dessen positive und negative Ergebnisse im Hinblick auf die Zukunft, daß Treu und Glauben bei der sachlichen Erledigung einer so wichtigen öffentlichen Angelegenheit gewahrt bleiben, darf in der deutschen Architektur nicht erschüttert werden, wenn verhängnisvolle Folgen für unser nationales Kunstleben in die Erscheinung treten sollen.

So hat wenigstens eine der bestehenden Architektorentorganisationen den Mut gefunden, meint das „B. Z.“ mit Recht, zu der Bekämpfung der deutschen Architekten durch das auswärtige Amt Stellung zu nehmen!

Brand in einem Kinetographen-Theater.

In dem französischen Ort Laugulo entstand am Mittwochabend ein gewaltiger Brand. Die Besucher sahen plötzlich eine gewaltige Stichtamme aus dem Innern des Operationsraumes herausschlagen. In dem darauf entzündeten Brande wurden 7 Frauen und 10 Kinder schwer verletzt. Der Operateur und der Besitzer des Theaters erlitten leichtere Brandwunden. Wieder ist also das große Unglück durch eine übertriebene Furcht des Publikums entstanden, das noch immer nicht einsehen will, daß für die Zuschauer in der Regel jede Gefahr ausgeschlossen ist.

Kein Ende des Schimpfgeschehens. Im Ohmprozeß hat die Staatsanwaltschaft als auch der Richter dem, gegen das ganze Urteil Revision eingeleitet. Die Verhandlung der Revision kann erst erfolgen, wenn die Urteilsurkunde vorliegt. Ausweislich der Beurteilten Revision einleiten werden, kann erst nach Ablauf der Revisionsfrist am nächsten Sonnabend mitgeteilt werden. — Die Richter des Prozesses, sowie der Staatsanwalt haben einen zweimonatlichen Urlaub angetreten.

Der schuldige Körperverletzte hat sich dieser Tage der Chauveteur Reinert vor der böhmischen Strafammer zu verantworten. Er führt einen Jagdwagen und einen Reiten in derart rasendem Tempo, daß ihn beide Insassen schwerlich haben

retung dieser wichtigen Kulturforderung zu unterstützen und Einläufe nicht an einem Sonntag vorzunehmen.

Entscheidungen bei der Elektrischen Straßenbahn Breslau. Einem Briefe der Direktion an einen Aktionär entnehmen die „Schles. Volkst.“: „Wir hatten vor Eröffnung der Jahreshunterausstellung hier in Breslau die Überzeugung, daß der sich ergebende stärkere Verkehr zum Teil auch durch ausfallenden kommenden würde, allein wir haben uns darin getäuscht, weil die Ausstellungsbesucher bei Benutzung der städtischen Straßenbahnlinien bequemer und direkt ihr Ziel erreichen. Augenblicklich wirkt die in hohem Maße vorhandene Überfülltheit ungünstig ein. Dies kann aber nur vorübergehend sein und wir glauben, mit Sicherheit annehmen zu können, daß wenn auch für das Jahr 1913 vielleicht nur eine Dividende von 5 1/2 Prozent (6 Prozent im Vorjahr) gezahlt werden kann, in Zukunft wieder günstigere Verhältnisse erreicht werden.“ — Man hoffe!

Die katholische Karolus-Kirche an der Sabitzstraße ist am Donnerstag eingeweiht worden. Der Bau, der drei Jahre dauerte, hat ungefähr 670.000 Mk. gekostet.

Orgel - Koncert. Das „Schlesische Konservatorium der Musik“ (Direktor Max Buchat) führte am Donnerstagabend eine Anzahl Orchestraler des Organisten Elze einem zahlreichen Publikum vor. Das Programm zeichnete sich nicht nur durch eine geschickte Zusammenstellung aus, sondern es vortrad auch glücklich die bei Orchestralen leicht entzerrte Eintragsigkeit. Einen strengen kritischen Maßstab wird man an Schillerstücken nicht legen dürfen, es sei jedoch hervorzuheben, daß Herr Bettel bereits eine bemerkenswerte manuelle und Pedal-Technik erreicht hat und der blinde Orgelmeister Herr Kramer mit der Vortrage einer reizenden Pastoriale des französischen Orgelvirtuosin Guilmant eine sehr reife Kunstfertigkeit aufwies. Aus der Fantasie von Berchheim müßte noch viel mehr herausgeholt sein, als es bei Herrn Riedhalla der Fall war. Für die Besetzung sorgeren Fr. Klisch, die über eine namentlich in der Tiefe ungewöhnlich schöne Stimme verfügt, und zwei Sieders von Bach, und Herr Nauke, bei dessen Violoncellospiel man jedoch nicht recht warm wurde. Reicher Beifall lohnte die Vortragenden, insbesondere Herrn Kramer.

Straßennfall. Auf der Poststraße fiel am 26. d. M. ein Schneider mittels Musikens so unglücklich, daß er beim Aufstehen auf das Straßenvestibule eine laufende Kopfweide erlitt. Nachdem man ihm einen Notverband angelegt hatte, wurde er mittels Trösche nach seiner Wohnung gebracht.

Straßenbahnunfall. Auf der Frankfurterstraße sprang am 24. d. M. eine Frau von einem noch in Bewegung befindlichen Straßenbahnwagen ab und kam dabei zu Fall. Sie erlitt Verletzungen im Gesicht und am linken Bein; die Verletzte konnte nach ihrer Wohnung gebracht werden.

Selbstmordversuche. Am Mittwochabend wollte ein unbekannter Mann am Königplatz, in der Nähe des Bismarckbrunnens in den Stadtraben springen. Es gelang ihm im letzten Augenblick einem hinkommenden Sanitätskolonnen, den Mann an der Ausführung seines Vorhabens zu verhindern. — An demselben Tage verlor sich ein auf der Stillebrandstraße wohnhafter Arbeiter im Keller zu erhängen. Seine Ehefrau kam aber rechtzeitig hinzu und schritt ihm ab.

Tödtlicher Hysterie durch das Fenster. Am Donnerstag vormittag gegen 11 Uhr stürzte in dem Hause Augustastr. 14 eine Frau Dampf aus besser unangefesteter Hülse aus der im dritten Stock befindlichen Wohnung durch das Fenster in den Hof hinab, wo sie regungslos liegen blieb. Man brachte sie in das Wenzel-Gardner-Krankenhaus, aber bereits auf dem Wege dorthin ist sie an den Folgen der erlittenen Verletzungen verstorben; die Leiche wurde darauf nach dem Schaushaus gebracht.

In schwerem Zustande aufgenommen wurde am 21. d. M. vormittags 10 Uhr in den Anlagen an der Parkstraße ein Dienstmädchen. Man rief die Sanitätsmannschaft der Feuerwehr herbei, die der Bewußtlosen erste Hilfe leistete und sie sodann mittels ihres Krankenwagens nach den königlichen Kliniken schickte.

Grober Aufruhr. In der vergangenen Nacht um 3 Uhr er der auf der Martinstraße angebrachte öffentliche Feuermelder von rechter Vubenshand mutwillig eingeschlagen, abgehoben und die Feuerwehrröhre unruhig dorthin gerufen worden. Es ist bisher noch nicht gelungen den Frechler zu entdecken. Auch in diesem Falle ist seitens des Magistrats für die Ermittlung des Verdrüßes eine Belohnung von 50 Mk. ausgesetzt worden; zweifelhafte Angaben werden nach dem Magistratsbureau oder nach dem Polizeipräsidium erhoben.

Schwerer Straßenunfall. Am 26. d. Mts. nachmittags 5 1/2 Uhr stürzte auf der Döpelwischstraße vor dem Grundstück Nr. 23 ein uhrwerksbesitzer von jenem mit Feu und Stroh beladenen Wagen auf die Straßbahn, wo er schwer verletzt liegen blieb. Auch in diesem Falle leisteten die Samariter der Feuerwehr erste Hilfe, worauf die Verunglückten nach dem Allerbildungshospital geschafft wurde.

Feuer. Wegen eines unbedeutenden Stubensandes erlitt die Feuerwehr am Donnerstag vormittag kurz vor 8 1/2 Uhr nach Belkendstraße 46; das Feuer konnte bereits vor Anbruch der Wehr gelöscht werden.

Gehtoren wurden aus einer Remise eine Kiste mit 100 Dolern Dollars und eine zweite Kiste, die 50 Birtel- und 4 Achteldolern mit Metallfesseln mit der Aufschrift E. Moutonier, Nr. 1, mit Champignons enthielt.

tanalamer zu fahren oder sie aussteigen zu lassen. Tatsächlich ergriff der Chauveteur die Steuerung hin und her, jedoch der Wagen von einer Seite der Landstraße zur andern geschleudert wurde. Trotz der inständigen Bitten, zu halten, fuhr der Angeklagte mit unverminderter Geschwindigkeit weiter, bis das Automobil gegen eine Scheune geschleudert wurde, deren Seitenwand durch den Anprall zusammenbrach. Beide Insassen wurden schwer verletzt. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis und sprach außerdem die sofortige Verhaftung aus.

Selbstmord eines Pflanzers. In der Nacht zum Mittwoch erschoss sich in Berlin in seiner Wohnung in der Bülowsstraße 74 der vierte Pflanzler der Bundeskirche Franz Weister wegen finanzieller Schwierigkeiten. Weister Weister stammte aus Schlesien und war seit drei Jahren verheiratet. Er war Vater zweier Kinder. Der 53-jährige Mann wirkte bis vor einem halben Jahre als Seelst. oder zu Doms in Schlesien. Er soll dort mit der Zeit in Schulden geraten sein. Man spricht von 20.000 Mark. Der Gerichtsbevollmächtigter war bei ihm ein häufiger Gast. Seine Frau hatte ihn mit den Kindern inwischen auch verlassen. Als die Portierfrau des Hauses, die für ihn die häuslichen Arbeiten besorgte, am Morgen die Wohnung betrat, fand sie Weister Weister angetroffen mit einer Schusswunde in der Schläfe tot auf dem Bette liegen. Fast gleichzeitig mit der Portierfrau erschien der Gerichtsvollzieher, um die gepfändeten Möbel Weisters abzuholen.

Prinz Stasina zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Prinz Carlo Stasina von Salutin, Sohn des bekannten Anarchisten Rocco Stasina, wurde vom Mailänder Tribunal wegen Betrugs in zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen den Angeklagten schwebt noch ein Auslieferungsbefehl seitens der Schweiz.
Wie man Willkür wird. In New York wurde der Großkaufmann Ravi Thalheim, Präsident der Thalheim Company, die sich mit dem Import künstlicher Blumen und Federn beschäftigt unter der Beschuldigung zu niedriger Tarifstarung bei den Importen aus Frankreich und Deutschland verhaftet. Die Summe der zu neierigen Deportierung betragt angeblich 125000 bis 150000 Dollar. Dieses Verfahren soll seitens der Firma bereits seit sieben Jahren angewendet worden sein.

Sereine und Verkündigungen.

*** Frauenemanzipation — Menschheitsbefreiung.** am Dienstag, den 2. Dezember, wird Frau Lily Braun aus Berlin auf Veranlassung des Vereins Frauenwohl im großen Saale der Neuen Börse einen Vortrag über: „Frauenemanzipation — Menschheitsbefreiung“ halten. dessen Beginn auf 8 1/2 Uhr abends festgesetzt. Der große Saal wegen mit ein Eintrittsgeld erhoben werden. Das für die Saalplätze 50 Pf. beträgt. Um aber auch Arbeitermännern den Vortrag zugänglich zu machen, werden Karten für die Galerien zu 10 Pf. ausgeben. Die Karten sind bei Painauer, bei der ersten Vorliegenden Frau Marie Wegner, Kaiser-Wilhelmstraße Nr. 109 und an der Abendkasse zu haben.

*** Volksvorstellung des Humboldtvereins.** Als Vorstellung für Kinderermittelt wird Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater das mit großem Beifall aufgenommene Lustspiel „Unsere Rache“ gegeben werden. Anmeldungen auf Eintrittskarten sind — nur schriftlich — an Herrn Bernhard, VII Sedowstraße 60, zu richten, bei welchem Dienstag, den 2. Dezember, vormittags 10-11 Uhr — aus der Zeit — die Ausgabe der ausgeteilten Karten stattfinden wird. Nur Meldungen Unbemittelter werden berücksichtigt.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

(Mitteilungen aus den Direktionsbüros)
*** Stadt-Theater.** Heute Freitag geht „Der Waffenschmied“ in Szene. Es aelten ermäßigte Opernpreise. Morgen Sonnabend wird sich Aktianoff dem Breslauer Publikum als „Ripollito“ vorstellen. Den Freitag findet Paul Hochheim, Sparatulle Rudolf Witelsoff, Ulba Rifa Pirschmann, Magdalena Lotte Erwald. Sonntags nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen: „Die Land“ mit Fanchette Verhulst (Martha), Geora Schmeier (Weber), Duio Gruber-Guntram (Castano). Abends 7 1/2 Uhr: „Lindis“ Montag 7 1/2 Uhr, findet das zweite Gastspiel von ... Sonntag 7 1/2 Uhr, findet das zweite Gastspiel von ... Montag 7 1/2 Uhr, findet das zweite Gastspiel von ...

*** Liebe-Theater.** Heute Freitag, den 27. November, gelangt Goethes „Faust“, erster Teil, mit Fräulein Mary Urban und dem Herren Machold und Marlin in den Hauptrollen, zur Darstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen Sonnabend geht, wie bereits angekündigt, „Die heitere Residenz“. Lustspiel in drei Akten von Georg Engel, in Szene. Es ist der Direktion gelungen, für die Ausstattung des dritten Aktes das wunderbare Jagdzimmer von der Firma Ernst Vogt, Dhlauerstraße, zur Verfügung gestellt zu bekommen, welches bei der diesjährigen Jahreshundert-Ausstellung die Bewunderung aller Besucher hervorrief. Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

*** Im Thalia-Theater** gelangt am Sonntag das hier mehrere Jahre nicht gegebene Lustspiel von Reist „Der zerbrochene Ring“ zur Aufführung. Dazu wird Goldonis Lustspiel „Der Diener zweier Herren“ im Stil der altitalienischen Panzermittel-Komödien gegeben. Die Regie dieses Abends hat Herr Will Freen.

*** Humanitärer Zirkus Cesar Sidoli.** Nach einer überaus erfolgreichen Sommer-Tournee durch die Hauptstädte der Schweiz und Hollands sowie seinem dreimonatlichen erfolgreichen Hamburger Gastspiel wird der Zirkus Sidoli am Sonnabend, den 13. Dezember, in Breslau eintrifft und in dem Zirkus Busch-Gebäude am Aufsenplatz ein Gastspiel eröffnen. Es wird ein Vergnügen sein, die Vorgänge dieses erstklassigen Unternehmens kennen zu lernen, denn wir haben es hier mit keinem R. klammern Unternehmen zu tun, sondern mit einem seit circa 60 Jahren bestehenden und überall bestbekanntem Zirkus ersten Ranges, der seinen Namen in Paris auch stets das hält, was er in seinen Auftritten verdient. Die diesjährige Saison wird eine geradezu langende werden, denn schon seit längerer Zeit sind alle größeren Agenten in Paris, Wien, Berlin und London tätig, um allerernte Artisten und Attraktionen für das Unternehmen zu gewinnen. Auch Direktor Sidoli selbst hat sein kostbares Programm materialisiert und liefert in Paris bedeutend ergänzt und vermehrt — der Marshall umfasst 130 eigene Pferde — und wird das hierige Publikum durch verschiedene neue Attraktionen überraschen. Auf die Einzelheiten kommen wir in Kürze zurück, bemerken aber schon heute, daß uns eine Reihe genußreicher Abende bevorstehen.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

*** Bektern.** Untere Bezirks-Versammlung war am vergangenen Sonnabend verhältnismäßig gut besucht. Gewisse Stowig sprach darüber, wie wir in unserem Distrikt vorwärts kommen können. Dann wurde ein neuer Bezirksleiter, dessen Stellvertreter und ein Bezirkskassierer gewählt. Gensin Motz sprach über Frauenarbeit und Frauenbewegung. Es soll in der nächsten Zeit ein Frauenabend abgehalten werden.

*** Mörder.** Noch immer nicht ermittelt ist die Person des unbekannten Mannes, der, wie gemeldet, am 26. November auf dem Bahnhof Moßhorn überfahren und so schwer verletzt worden ist, daß er verstarb, ohne seinen Namen angeben zu können. Der Mann scheint dem Handwerker- oder Arbeiterstande anzugehören. Man fand bei ihm eine Uhr Nr. 32.363 und zwei Emaillierdosen vor, die eine Frau und ein kleines Mädchen darstellten. Die Bilder liegen im Zimmer Nr. 47 des Breslauer Polizeipräsidiums zur Einsichtnahme aus, wozu auch Angaben zur Ermittlung der Verstorbenen erbeten werden.

Schlesien und Posen.

Gewissenlose Täuschungen.

Mit begünstigter Unverschämtheit drucken die bürgerlichen Provinzialblätter, denen bekanntlich nichts zu dümm ist, als daß es nicht in ihren Spalten Aufnahme fände, einen Artikel des „Düsseldorfer Tagesblatts“ ab, der sich unter der Spitzmarke „Ein rotes Panama“ mit den bekannten Vorgängen in der Solinger Krankenkasse beschäftigt. Trotzdem schon hundertmal nachgewiesen ist, daß der verurteilte Rentner der Krankenkasse gerade so viel mit der Sozialdemokratie zu tun hat, als wenn wir etwa einen konservativen Parteiführer der Arbeiterfreundlichkeit bezichtigen wollten, wird dreißig der genannte Betrüger als „Obergewisse“ der Sozialdemokratie an die Wand gezeichnet. Dabei ist festzustellen, daß er weder der Sozialdemokratie angehört noch überhaupt als Mitglied sich betätigt hat. Die nach den verlogenen Berichten als „sozialdemokratisch“ geleitete Kasse befand sich vielmehr in zum Teil gut christlichen Händen, was natürlich die gewohnheitsmäßigen Verleumder nicht hindert, die begangenen Straftaten den verhassten Roten aufzubuchen. Man kennt den Text und die Redakteur und auch den Verfasser: Was da nämlich alles dem gläubigen Publikum erzählt wird, erinnert unwillkürlich an die feuchtschlechte „Bundes“-Lagungen im Zirkus Busch, über deren Begleiterscheinungen es natürlich keinem Kreisblatt einfällt, abfällig zu berichten.

Selbstverständlich wollen wir die strafwürdigen Vergehen des genannten Doppeltbetrügers nicht beschönigen, sondern

im Gegenteil, nur bedauern. Aber die gegnerischen Blätter, die diesen Schmutzartikel gegen die Sozialdemokratie bringen, haben keine Ursache, sich dabei aufs hohe Pferd zu setzen. Sie haben selbst so unendlich viel Dreck am Stecken, daß sie besser täten, ruhig zu sein. Aber über Engros-Betrüger aus den eigenen Reihen wird der Mantel der Liebe gedehnt und desto lauter über die anderen geschimpft. Das ist die bekannte Spitzbüben-taktik.

Trebnitz, 28. November. Öffentliche Frankenkassen-Versammlung. In einer von etwa 200 Personen besuchten Versammlung sprach Arbeitersekretär Pfeiffer in Trebnitz über das Thema: Die Aufgaben der Arbeiter-Versicherung in den Krankenkassen. In überzeugender Weise führte er den Anwesenden vor Augen, wie gerade auf den Kranken-kassen das ganze Versicherungs Wesen aufgebaut sei. Er erwähnte die Anwesenden, wobei nach parteipolitischen, noch nach konfessionellen Grundrissen zu handeln, und nur für diejenige Klasse zu stimmen, von der man erwartet, daß sie nach den bisherigen Erfahrungen auch erwarten kann, daß sie zu Wählenden auch Mächtig genug besitzen, die Interessen der Mitglieder voll und ganz zu vertreten, und das ist zweifellos die Klasse der Gewerkschafts-Partei. Weiter kam Redner auf die Forderungen des Leipziger Metzgerverbandes zu sprechen, wobei er besonders empfahl, sich niemals auf das den Ärzten so sehr am Herzen liegende System der freien Arztwahl festzulegen. In der sich anschließenden Diskussion sprachen sich einige Redner im Sinne des Vortragenden aus, besonders wurde das Gebot der christlichen Barmherzigkeit, besonders aber das des katholischen Arbeitervereins, gebührend gekennzeichnet, der mit den unglaublichen Mitteln arbeitet, um den verarmtesten Klassen mit einem Schlage den Garaus zu machen. Daß dies nicht gelingt, daß wir unsere Arbeiterklasse Sorgt tragen, weiß sie doch, was die Sozialdemokratie während der Zeit, da sie im Vorlande verlorene ist, zum Wohle der Mitglieder geschaffert hat. Trotzdem aber heißt es kräftig weiter arbeiten, damit der Sieg auch ein vollkommener wird.

Hirschberg, 28. November. Schneefall im Gebirge. Die vom Hochgebirge eingelaufenen Nachrichten über das Wetter lauten äußerst günstig und lassen — augenblicklich — für den Winterfortschritt das Beste erhoffen. Auf dem Rammke wie dem ganzen Gebirge schon ist es bei ruhigem Wetter und 4 Grad Kälte. Hält der Schneefall noch einige Zeit an, so dürften bald die Sportbahnen in brauchbarem Zustande sein, da noch vom letzten größeren Schneefall eine Unterlage vorhanden ist.

Jauer, 28. November. Ein Streichkonzert veranstaltet der Widmungs-Ausschuß am Sonntag, den 30. November, abends ab 7 Uhr im „Grünen Adler“. Die hierfür gewonnenen Kräfte bürgen für ein gutes Gelingen und für einen künstlerischen Genuss. Da nur ein Eintrittsgeld von 20 Pf. erhoben wird, kann der Besuch der Veranstaltung des Widmungs-Ausschusses allen Arbeitern nur empfohlen werden. Nach dem Konzert findet ein Familienfranzösisch statt. Näheres siehe Inserat in der nächsten Nummer.

Dunzlau, 27. November. Ein neues Urnenfeld wurde bei den Planierungen auf dem neuen Schulgrundstück in Ullersdorf a. Queis aufgedeckt. Außer einer Anzahl Särden konnten zwei gut erhaltene Urnen und ein Gefäß von kreuzförmiger Form aufgegraben werden.

Löwenberg, 28. November. Ratten, nichts als Ratten. Der ichmet das massenhafte Auftreten von Ratten sich zu einer Katastrophe auszuwickeln, wodurch sich die Polizeiverwaltung zur Anwendung eines Raufgases veranlaßt sieht. Sämtliche Pausenbesitzer müssen am Dienstag (unter Androhung von Strafe bei Nichtbefolgung) nachmittags von 3 bis 4 Uhr Ratten gift (Phosphorchlorwasser) streuen und die Polizei über eine strenge Kontrolle, so der Anordnung Folge geleistet ist. Wir dachten, die Kontrolle bezieht sich darauf, ob die Ratten auch das Gift fressen werden, denn bekanntlich sind das sehr schlaue Tiere.

Wünschelburg, 28. November. Ein eigenartiger Brandherd. Donnerstag morgen gegen 4 Uhr ereignete hier Feuerkalamität. Es stand auf dem hiesigen Bahnhofs zwei Personenwagen 2. und 3. Klasse der Culengebirgsbahn in hellen Flammen. Zum Glück gelang es mit einer noch unter Dampf stehenden Maschine, die brennenden Wagen ins Freie zu bringen und da auch weiteren Schaden zu verhüten. Der Brand soll durch die Heizung entstanden sein.

Wromberg, 27. November. Ein Zeichen der Not. Im Bericht des hiesigen Vereins für Jugendbeschäftigung heißt es: Im vorigen Winter hat er (der Verein) Wochen lang während der kaltesten Zeit an die bedürftigsten Kinder unserer Volksschulen, die zu n Zeit ohne Frühstück den Schulweg antreten müssen, warme Milch und Süßigkeiten verteilen lassen. Es konnten im ganzen 240 Kinder bedacht werden. In diesem Jahre wird es noch trauriger bestellt sein bei der großen Arbeitslosigkeit. Alle Bemühungen gewisser Kreise, die Not zu lindern, sind anerkanntswert, sie schaffen aber das Elend nicht aus der Welt. Im Gegenteil, sie bewirken nur die Verrechtigung der sozialdemokratischen Forderungen auf Gewährung von warmem Frühstück für alle Kinder immer nur Deutlicher.

Wromberg, 27. November. Volksschullehrer im Dienste der Reaktion. Wie dem Parteisekretariat berichtet wird, sollen einige Volksschullehrer die Kinder in den Schulen darauf aufmerksam gemacht haben, das die Sozialdemokraten jetzt ihre Kalender verbrennen. Den Kindern wurde angewiesen, ihren Vätern zu sagen, daß sie die Kalender, falls ihnen die Sozia solche bringen, sofort verbrennen sollten, es wäre nur Hegelei, was in den Kalender steht. Ohne unsere Kalender geben zu haben, sollen diese verbrannt werden. Ob die Herren Volksschullehrer glauben, mit solchen Maßnahmen der Sozialdemokratie entgegenzutreten zu können?

Krottschin, 28. November. Tödlicher Unglücksfall. In der Nähe zu Schow ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Müllergerhe Lemke war damit beschäftigt, den Treibriemen auf ein im Gang befindliches Fahrstuhlarrivestab zu legen. Hierbei geriet er mit dem Rad in das Gerieße, wobei ihm die Kehle aufgeschnürt und das Gesicht gebrochen wurde. Der Tod trat sofort ein.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Rach. Orsgr.	26. November	27. November	28. Novbr.
h. H. G. + Mitt.	11.8	11.8	11.8
h. H. G. + Mitt.	11.8	11.8	11.8
h. H. G. + Mitt.	11.8	11.8	11.8
h. H. G. + Mitt.	11.8	11.8	11.8
h. H. G. + Mitt.	11.8	11.8	11.8
h. H. G. + Mitt.	11.8	11.8	11.8

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
28. 11. 1.58	27. 11. 1.58	26. 11. 1.58	25. 11. 1.58	24. 11. 1.58
27. 11. 1.58	26. 11. 1.58	25. 11. 1.58	24. 11. 1.58	23. 11. 1.58
26. 11. 1.58	25. 11. 1.58	24. 11. 1.58	23. 11. 1.58	22. 11. 1.58
25. 11. 1.58	24. 11. 1.58	23. 11. 1.58	22. 11. 1.58	21. 11. 1.58

Neueste Nachrichten.

Die Vorgänge in Zabern im Reichstag.

Berlin, 28. November. Die Anfrage der elsäss-Lothringischen Abgeordneten über die Vorgänge in Zabern wird, wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, in der Freitagssitzung des Reichstages durch das Kriegsministerium beantwortet werden. Die Interpellationen über die alsche Sache werden hierdurch nicht erledigt. Sie sollen am Schlusse der nächsten Woche bestimmt besprochen werden. Während der ersten Erörterung soll dieser Gegenstand nach einer Verabredung der Parteien nicht berührt werden.

Die Berliner Fußbarkeitssteuer.

Berlin, 28. November. Bei der Beratung des Antrages Dr. Brons bezüglich der ungünstigen Wirkungen der Fußbarkeitssteuer kam es in der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung zu erregten Debatten. Der Antrag, der eine Erleichterung beabsichtigte, wurde mit 60 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Ausschauer Attentäterschau.

Berlin, 28. November. Einer der Würder des Großwesters Mahmud Schefel Pascha, der auf dem russischen Dampfer „Großfürst Konstantin“ von der türkischen Küste festgenommen worden war, ist dem „Tag“ zufolge trotz des Protestes der russischen Botschaft wieder zum Tode verurteilt worden. Diese hatte die Freilassung des Mannes verlangt, weil die Ermordung Mahmud Schefel Paschas nicht ein gemeines, sondern ein politisches Verbrechen sei. Zwischen der russischen Botschaft und dem russischen Generalkonsul in Konstantinopol sind aus diesem Anlaß Unstimmigkeiten hervorgerufen, weil das Generalkonsulat die Auslieferung des Mörders unterläßt hatte. — Es geziehen Zeichen und Wunder, wenn das Barometer es erfordert.

Militärgericht.

Saarbrücken, 28. November. Wegen Körperverletzung und Beleidigung eines Vorgesetzten verurteilte das Kriegsgericht den Reserveunteroffizier Johann Jiegler vom 14. Ulanen-Regiment in Mörchingen zu zwei Monaten Gefängnis.

Wenn ein „Gemeiner“ sich gegenüber seinen Vorgesetzten derartige Straftaten hätte zu Schulden kommen lassen, wäre es schwerlich so billig weggekommen.

Unterschiefe in der englischen Heeresverwaltung.

London, 28. November. In den militärischen Kreisen Londons spricht man viel von Unterschleifen, welche Unteroffiziere und Militärverwalter gemeinschaftlich ausgeführt haben sollen. Gestern wurden die militärischen Kreise geradezu in Aufregung versetzt, als bekannt wurde, daß der Kaiser der Marine Lorden plötzlich verschwunden sei. Man stellte bisher ein Defizit von 20000 Mark fest. Man hat nicht die geringste Nachricht über den Aufenthalt des ungetreuen Kassierers.

Bildung eines chinesischen Verwaltungsausschusses.

London, 28. November. In Bezug wurde ein langer Dekret des Präsidenten veröffentlicht, in dem die Schaffung eines allgemeinen Verwaltungsausschusses bestimmt wird. Diesem Ausschuss sollen Delegierte verschiedener Körperchaften angehören, und es soll ihnen die Aufgabe zufallen, die Regierung in der Verwaltung des Landes zu unterstützen. Sonst hat der Verwaltungsausschuss keine Verpflichtungen zu übernehmen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Anfragen werden nur dann beantwortet, wenn sie an die Redaktion gelangen.

H. F. Komponiert von Franz Behar. 125 D-Lissa. 1. Die Kündigung am 28. November zum Ausgehen am 2. Januar 1914 müssen Sie annehmen. Zu früh darf man nicht kündigen, niemals aber zu spät. 2. Räumen Sie die Wohnung schon am 1. Dezember, dann müssen Sie für den Dezember die Miete bezahlen, denn laut Gesetz bleiben Sie bis 31. Dezember dazu verpflichtet.

Sp., Dhlau. 1. Zur Wiederverheiratung brauchen Sie einen Auseinandersetzungschein. Schreiben Sie nochmals an das Amtsgericht. 2. Es kommt auf den Wortlaut des Testaments an. Ihre Braut kann also das Geld erst nach dem Tode der Mutter bekommen.

H. F. Der Dienstherr hat die Krankenhäuskosten auch vom 1. Oktober an zu zahlen; gehört das Mädchen einer Krankenkasse an, so hat er die Kosten zu zahlen.

Veranstaltungen und Vereine.

Sonntag, den 30. November.
Einleger, Holzarbeiter. Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Partei-Landdistrikt Zeitz-Petersdorf. Sonnabend abend 8 Uhr bei Friedrich.

Partei-Landdistrikt Schmoltz. Sonntag vormittags 9 Uhr bei Baban.

Partei-Landdistrikt Schmiedefeld. Sonntag nachmittags 2 Uhr bei Engwisch.

Brieg. Konsum- und Sparverein „Einigkeit“. Sonnabend abend 8 Uhr im Weinberg.

Dhlau. Konsumverein. Sonntag nachmittags 3 Uhr in Peisterwih bei Lerche.

5 Tage zur Probe

mit Rücksendungrecht bei Nichtgefallen

ohne Anzahlung

nur gegen monatliche Zahlungen von

2 Mark

an Spezialcatalogen gratis und franko! Postkarte sendet!

Bial & Freund

Postfach 511/627

Breslau II

Jagdgewehre, Revolver, Browning, Schießen, Teufel, etc.

Versammlungen u. Vereine

2 Esperanto-Kurse

für Anfänger beginnen:
 1. **Samstag, den 29. Nov. 1913, abends 7 1/2 Uhr,**
 im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11;
 2. **Sonntag, den 30. Nov. 1913, vorm. 9 Uhr,**
 im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.

Alle den Weltfrieden fördernden Damen und Herren
 sind höflichst eingeladen. Unterricht inkl. Lehrbuch 2 Mk.

Laborista Esperantista Grupo Breslau
 Mitglied des deutschen Arbeiter-Esperanto-Bundes. 10750

Ohlau.

Sonntag, den 30. November, nachmittags 3 Uhr
:: Konsum-Versammlung ::

bei Gastwirt Herrn Lerche in Peisterwitz, Kreis Ohlau.
 Es ist Pflicht das jedes Mitglied erscheint. 10771
 Konsum-Verein von Ohlau u. Umgegend
 eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband. **Eduard Bernstein:**
Abteilung: Entwurf!
Sonntag, den 30. November 1913,
 vorm. 10 Uhr, findet im Gewerkschafts-
 lokal, Zimmer 5, eine 10769
Sektions-Versammlung des **Wirtschaftslebens.**
 statt. Das vollständige Erscheinen aller
 Kollegen erwartet die Sektionsleitung. Zu beziehen durch die Expedition
 Preis 20 Pfg.

Am 27. d. Mts., früh 3 Uhr, verschied nach schwerem Leiden
 mein lieber Mann, unser treuereigender Vater, Schwiegervater,
 Grossvater und Onkel
Gottlieb Seeliger
 im Alter von 66 1/2 Jahren. Um stille Teilnahme bitten
 10761
 Die Beerdigung findet Sonntag, d. 30. Novbr., nachm. 1 Uhr,
 von der Leichenhalle des Pohlauwitzer Friedhofs statt.

Bekanntmachung.

Verkaufsvermittler in den städtischen Markthallen.
 Infolge Ablebens des bisherigen Inhabers ist die Stelle
 eines städtischen Verkaufsvermittlers in unsem Markthallen bald zu
 besetzen. Die Vertragsbedingungen sowie die Bedingungen für die
 Zulassung als Verkaufsvermittler liegen im Büro XII, Ringstr. 16, II
 zur Einsicht aus, sind auch gegen Zahlung von 1 Mk. dort erhältlich.
 Bewerbungen nebst Angabe der zu bietenden Leistung für die zu
 überweisenden Räume sind eben dorthin zu richten.
 Die Zuschlagserteilung bleibt vorbehalten.
 Breslau, den 24. November 1913.
Die Marktdeputation.
 Griesel

Stadt-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr: 10570
 (Erste Besetzung)
„Fidelio.“
 Samstag 7 1/2 Uhr:
„Graf Caprioli“
Baklanoff
„Rigoletto.“
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
 (Alte Besetzung)
„Die Frau von Usterlitz.“
 Montag 7 1/2 Uhr:
„Madame.“
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Die Frau von Usterlitz.“
„Soris Godunow.“

Lobe-Theater.

10576 Freitag, Anfang 7 Uhr:
„Faust.“ (Guter Teil)
 Samstag 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:
„Die heitere Besetzung.“
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Eaub muß er sein.“
„Die spanische Fliege.“
 Abends 7 1/2 Uhr, zum 2. Male:
„Die heitere Besetzung.“

Thalia-Theater.

Sonntag, 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:
„Der Diener zweier Herren“
 Dienstag, zum 1. Male: [10592]
„Der zerbrochene Krug.“

Schauspielhaus

(Operettenbühne.)
 Donnerstag 8 Uhr:
„Die Hinkönigin.“
 Samstag 8 Uhr:
„Die Hinkönigin.“
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Der liebe Augustin.“
 Abends 8 Uhr:
„Die Hinkönigin.“

Achtung Hausfrauen!

empfehle großes Lager von Tisch-, Bett- und Leibwäsche,
 Wollwaren, Tricotagen, Handschuhen, Strümpfen,
 Socken, Spitzen u. Säubern. — Eig. Konfektion nach Maß.
Robert Jahn, Edel-Leinwandstrasse.

Polzwaren

sowie Polzimitationen
 kauft man reell und sehr billig
 in überraschender Auswahl im
Strassburger Hut-Bazar
 Schmiedebriicke 36/38.

500 Mark Belohnung

zahlen wir demjenigen, welcher uns den Gegenbeweis bringt, dass wir bis **Mittwoch, den 3. Dezember 1913, nicht sämtliche Damen-Filz-, Velour- und echte Velour-Hüte** ohne jeden Nutzen, also zum

Original-Einkaufspreis und darunter

an unsere Detail-Kunden abgeben.
 Wir bemerken ausdrücklich, dass wir uns nicht für diese billigen Tage Ramschwaren und Restläger einkaufen, wie das vielfach getan wird, sondern es werden nur unsere Hüte, welche aus ersten Fabriken stammen, verkauft. **Es kommen zirka**

1500 Damen-Hüte

- | | | | |
|---|-------------|---|-------------|
| Serie I.
1 Posten garnierte und ungarnierte Hüte
Regulärer Verkaufspreis bis 5.75 | 1.25 | Serie IV.
1 Posten echte Velour-Hüte
Regulärer Verkaufspreis bis 8.50 | 2.95 |
| Serie II.
1 Posten Velour-Ersatz
Regulärer Verkaufspreis bis 5.75 | 1.75 | Serie V.
1 Posten echte französische Velour- und Velpel-Hüte
Regulärer Preis 12.50 | 3.50 |
| Serie III.
1 Posten echt Wiener Woll-Velours
Regulärer Verkaufspreis bis 7.50 | 2.25 | Serie VI.
1 Posten echte Wiener Velour-Hüte verschiedene Formen und Farben. Regul. Verkaufspr. bis 18.75 | 5.75 |

Des grossen Andranges wegen, welcher bei diesem noch nie bei uns dagewesen billigen Verkauf stattfinden wird, bitten wir nach Möglichkeit die Vormittagsstunden zum Einkauf zu wählen.

Billiger Pelzwaren-Verkauf
 bis 25% Ermässigung.

Albert Ikenberg

Schweidnitzerstrasse 36, parterre und I. Etage.

Liebich's Etablissement
 Letzte Woche 10660
Otto Reutter
 u. e. untergarbige Markt-Verkauf.
 Sonntag, den 30. November.
 4 Uhr: Nachm.-Vorstellung. II. Preise.

Viktoria-Theater.
Blatzheim - Burlesken.
 Anf. Wochentags 8, Sonntag 7 1/2
 Jeden Sonntag 4 Uhr:
 Nachm.-Familien-Vorstellung.
 Halbe Preise. 10594

Palmengarten
 Neu!
Blütenhain
 Künstler - Kapelle
„Fidelitas.“ 10695

Genosse bitte bald Darlehen v. Mt. 50.
 Rückzahl. 3. — Mt. zum. Geh. 27.
 unter P. 134 Exped. d. Zeitung. [10648]

Pfänder-Auktion
Altenstrasse 48. [10174]
 Freitag, den 12. Dezember.
 Einlieferung nur bis 8. Dezember.
 Donnerstag d. 11. Dez., nachm. geschlossen

Gold- u. silb. Uhren
 spottbillig 10483
 Pfandleihe Kupferschmiedestr. 49

Ulster Jetzt
 18 Mk.
 wirklich hervorragende Prachtstücke
 Nach Mass wunderbar, 25 Mk. Anwar-
 fabrik, Wallstrasse 17a. I. [10375]

Albert Striemer
 Schuhwarenhaus Ohlauerstr. 7 Ecke Schuhbrücke.
 Vorteilhafteste Bezugsquelle
 sämtlicher Schuhwaren vom einfachsten
 bis zum elegantesten Genre
Herren- u. Damen - Stiefel
 von **6 75** bis **14 50**
 Knaben- u. Mädchenstiefel in reichster
 Auswahl zu auffallend billigen Preisen.



Zum Weihnachtsfeste!
Gute, billige Uhren

unter Garantie.
Gold- und Silber-Waren
 Silb. Herren- u. Damen-Uhren von 7 Mt. an
 Goldene Damen-Uhren 12 " "
 Goldene Herren-Uhren 24 " "
 Regulatoren, Wanduhren und Wecker billigst.
 Reparaturen in verschiedenem Gold schon von 6 Mt. an
 Broschen, Ohrringe, Armbänder usw.
 Ketten für Herren und Damen äußerst haltbar.
 Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.
R. Leitloff, Uhrmacher,
 Nikolaistrasse 41, am Königsplatz.

Paul Kasowsky, Hutwarenmär.
 Wehlgaße 38/40. 4948
 Filzhüte, Zylinderhüte, Filzwaren, Mützen
 in bekannt guter Qualität zu billigsten Preisen.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben
 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
 Verlag. Geforderte Abweichungen bebingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
 Welche Ballhüte, soweit Vorrat 1,10
 u. 1,50 Mt., Verkaufstr. 9, I. Laden. [10735]
Christentum und So-
zialismus von A. Debel 0,10

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
 ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
 die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
 unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren
 Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
 sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“
 berufen.
 Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Zu billigsten Preisen
 kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk
 sowie die denbar größte Auswahl in Kinderschuhen, Filz-,
 Gummi- und Holzschuhen zu streng realen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,
 Friedrich-Wilhelmstrasse 52.
 10749

Die Gleichheit
 (Frauenzeitung.)
 alle 14 Tage erscheinend, Preis 10 Pfennige.

Deutscher Reichstag.

176. Sitzung. Donnerstag, den 27. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Visco, Kühn. Der Abg. Kölsch-Baden (natl.) hat sein Mandat niedergelegt.

Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

Abg. Dr. Cohn (Soz.): Die Erhöhung dieser Gebühren ist ein alter Wunsch aller Parteien. Freilich haben sich die Parteien die Erfüllung anders gedacht als gegeben ist. Man kann dieses Gesetz nur unrichtiger Weise ein Gesetz für Zeugen und Sachverständige nennen, da es in Wahrheit nur für die Sachverständigen eine Verbesserung bringt. Die Begründung spricht von dem steigenden Wert an Zeit und Arbeitskraft, dies und auch die Teuerung der Lebenshaltung trifft aber in gleicher Weise wie für die Sachverständigen auch für die Zeugen zu. Der Satz von 10 Pfg. bis 1 Mk. Zeitverlustschädigung pro Stunde an die Zeugen, den die Vorlage beibehalten will, nimmt schon aus der Mitte des 19. Jahrhunderts! Nach § 4a kann in Zivilprozessen den Sachverständigen ein vorher vereinbarter Satz gezahlt werden, wenn ein entsprechender Vorbehalt hinterlegt ist. Soll dieser Vorbehalt bei armen Parteien zu den Gerichtsstellen gehören, von denen sie befreit sind? In zahlreichen Fällen, wenn zwei arme Parteien miteinander oder eine arme Partei mit einer reichen streitet, ohne daß das Armenrecht bewilligt ist, kann diese Bestimmung zu außerordentlichen Härten führen, weil die arme Partei dann schließlich nicht den von ihr gewünschten wertvollen Sachverständigen bekommen kann. Wir beantragen die Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Werr (Zentrum): Meine Freunde begrüßen die Vorlage, die uns geeignet erscheint, die bisherigen Ungleichheiten auf diesem Gebiet zu beseitigen. Der Kommissionberatung stimmen wir zu. Doch bedarf die vorgesehene Mindestentschädigung für Zeugen von 10 Pfg. pro Stunde der Erhöhung. (Sehr richtig.)

Abg. Pfeil (natl.): Auch wir begrüßen die Vorlage als eine Verbesserung. Die Zeugengebühren sollten erhöht werden, doch werden wir daran den Entwurf nicht scheitern lassen. Jedenfalls aber darf diese Erhöhung nur aufgeschoben nicht aufgehoben sein. Wichtiger ist jedenfalls die Erhöhung der Sachverständigengebühren. Bedenklich erscheint es uns, die Vereinbarung über diese Gebühren nur den Parteien ganz ohne Mitwirkung des Gerichts zu überlassen, wie das § 4a vorsieht. Den Satz von 2 Mk. pro Stunde, der eintreten soll, wenn keine Vereinbarung vorliegt, halten wir für zu niedrig. Wünschenswert wäre auch, daß die Gerichte mehr Rücksicht auf die Zeit der Zeugen nehmen. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Haas (Vpt.): In Bezug auf § 4a schließe ich mich dem Vordrucker an. Die Zeugen sollten voll für den Zeitverlust entschädigt werden, wobei die Grenze in dem Ermessen des Richters zu stellen wäre. Eine Unliste fast aller Gerichte in Deutschland ist es, mehrere Fälle auf dieselbe Zeit legen und 20 bis 30 Zeugen daher zur selben Zeit zu laden, so daß die meisten Stundenlang zu warten haben.

Ein Berliner Gericht verlangte, daß ein Zeuge sich vier Wochen lang in seiner Wohnung zur Verfügung des Gerichts halte. Also vier Wochen Stubenarrest, weil man zufällig etwas von einer Gaunerei weiß. (Heiterk.) Diese Praxis zu ändern, ist noch wichtiger, wie die allerdings auch notwendige Reform.

Abg. Dr. Giese (kons.), Abg. Werner-Persfeld (Nat.) und Abg. Warmuth (wiltb) schließen sich im wesentlichen den Vordruckern an.

Der Entwurf wird einer Kommission von 14 Mitgliedern übergeben.

Der Entwurf betr. die Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Reichsgericht wird in erster und zweiter Lesung debattiert und angenommen.

Errichtung eines Kolonialgerichtshofes.

Der Entwurf sieht die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes in Berlin vor, dessen Mitglieder nur Richter, eventl. auch im Nebenamt sein sollen.

Abg. Stolten (soz.)

Die Vorlage entspricht in manchen Punkten den bei der früheren Vorlage geäußerten Wünschen des Reichstags, aber nicht zu billigen ist, daß die Mandatgerichtsbarkeit von der Kompetenz des neuen Kolonialgerichtshofes ausgeschlossen sein soll. Schon um diese Frage näher zu erörtern, wünschen wir die Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 11 Mitgliedern. Auch andere Fragen bedürfen noch der Klärung.

Aus aller Welt.

Ein Schiff im Padeis eingeschlossen.

Die Mannschaf ist verschollen.

Eine Kunde von dem furchtbaren Schicksal, das die Besatzung des seit sechs Jahren verschollenen Dampfers „Centennial“ getroffen hat, bringt der Bericht des Kapitäns des in Queenstown angekommenen Cunarddampfers „Caronia“. Vor ungefähr sechs Jahren war der Dampfer „Centennial“ von Japan nach San Francisco in See gegangen und seit dieser Zeit hat man nichts von ihm gehört. Es wurde daher angenommen, daß der „Centennial“ bei einem Sturm mit Mann und Maus untergegangen sei. Jetzt haben Mitglieder einer russischen Expedition, die die Küste Sibiriens bereisen, in der Nähe der Insel Sachalin den Dampfer im Ochotskischen Meere, von Padeis vollkommen umschlossen, entdeckt. Das Schiff selbst befand sich noch in vollkommen gutem Zustande, aber von der Besatzung fehlt jede Spur. Einige Expeditionsmitglieder gingen an Bord des Schiffes und stellten fest, daß alle Rettungsboote fehlen und daß die Besatzung beim Verlassen auch die Bordbücher mit sich genommen hat. Die Besatzung, die aus 30 Mann bestand, hat das Schiff verlassen, wahrscheinlich um die Insel Sachalin zu erreichen. Es ist leider nicht daran zu zweifeln, daß die 30 Seeleute nach langen, harten Entbehnungen und nach Erdulung ungewöhnlicher Strapazen in der Eiswüste des Ochotskischen Meeres ihren Tod gefunden haben.

Explosionsunglück.

In den Sprengstoffwerken der westfälisch-anhaltinischen Sprengstoff-Werkegesellschaft bei Reinsdorf ereignete sich am Donnerstag nachmittags eine Explosion, bei der zwei Trockenhäuser in die Luft gesprengt wurden. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Zwei Arbeiter sind tot. Ob unter dem Trümmerhaufen noch mehr Opfer liegen, ist noch nicht festgestellt.

missionsberatung, so vor allem die, wo der neue Gerichtshof seinen Sitz haben soll. Die Mehrheit der früheren Kommission hatte sich zunächst für Hamburg entschieden, aber die Regierung erklärte das für unannehmbar, und so wurde Berlin gewählt. Ich plädiere für Hamburg, nicht aus Lokalpatriotismus und auch nicht aus Parteilichkeit. — Die Sozialdemokraten sind keine Parteilichkeiten, wie viele der Herren rechts, die überall die preußische Eigenart haben wollen. Wir sind aber Gegner einer übertriebenen Zentralisation. Im gewissen Sinne schützt uns dagegen die Vielstaaterei. Wir hätten statt ihrer lieber ein einheitliches Staatsrecht, aber nur auf einheitlicher Grundlage, eine Einheitlichkeit auf dem Boden preußischer Rechtschaffenheit wäre eine große Gefahr. Dem speziell preussischen Geist treten wir mit dem größten Mißtrauen entgegen. Aber noch andere Gründe sprechen für Hamburg, denn Hamburg ist die erste deutsche Handelsstadt mit weitreichenden kolonialen Beziehungen, die Richter leben dort unter dem Einfluß von Weltanschauungen, die etwas weiler reichen, als der Einfluß mancher binnländischen Richter. Vor allem verlangen wir auch, daß das Kolonialrecht auf diesen Gericht mit bezogenen wird, und ein geeignetes Laienmitglied gerade für ein solches Gericht finden wie vor allem in Hamburg. In Berlin würde der Gerichtshof unter dem Einfluß des ganzen Willens der Regierung geraten, und die Unabhängigkeit und Sachlichkeit nicht so wahren können, wie in Hamburg. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wetzer (Zentr.): Ohne zwingenden Grund sollte man kein neues Ausnahmegericht schaffen, deshalb wäre es das beste, die kolonialen Streitigkeiten einem besonderen Senat des Reichsgerichts zu überweisen. Aber wir sind bereit, die Einzelheiten des Entwurfs, soweit auch die Frage des Sitzes des neuen Gerichtshofs, in einer Kommission zu prüfen.

Abg. Dr. Kaasche (natl.): Der Gedanke, den neuen Gerichtshof dem Reichsgericht anzuschließen, erscheint mir erwägenswert. Allerdings ist das Reichsgericht überlastet. Was den Ort des Sitzes anlangt, so würden wir lieber für Hamburg als für Berlin stimmen. Wir beantragen, den Entwurf in einer Kommission von 21 Mitgliedern weiter zu beraten.

Abg. Dr. Giese (kons.): Auch uns wäre es sympathisch, wenn die Kolonialachen dem Reichsgericht überwiesen würden. Bleibt es bei einem besonderen Kolonialgerichtshof, so sind meine Freunde bei der Frage, ob Berlin oder Hamburg der geeignete Ort ist, geteilter Ansicht.

Abg. Dove (Vpt.): Erfreulich ist, daß der Wunsch des Reichstags erfüllt wurde, und der Gerichtshof nur aus Richtern, nicht auch aus Verwaltungsbeamten bestehen soll. Ich bin für Berlin. Die Argumentation Stollens läuft auf die Redewendung vom „Wahlstumpf Berlin“ hinaus. Es sind zunächst nur nebenamtliche Mitglieder des Kolonialgerichtshofs in Aussicht genommen, und das wird naturgemäß prächtige Richter sein müssen. Die Unabhängigkeit der Richter hängt von anderen Umständen ab, als von dem Sitz des Gerichts.

Abg. Warmuth (wiltb) ist für Berlin.

Abg. Dr. Jund (Nat.) tritt für Angliederung des Kolonialgerichtshofs an das Reichsgericht ein.

Abg. Dr. Walthausen (Vpt.) widerspricht angesichts der vom Reichstag so oft beklagten Überlastung des Reichsgerichts. Der Kolonialgerichtshof hat auch ganz andere Aufgaben, da er die Urteile der zum Teil aus Laien bestehenden Kolonialräte auch tatsächlich nachprüfen hat. Die Kolonien selbst verlangen einmütig den Gerichtshof nach Hamburg.

Kolonialstaatssekretär Dr. Lohb bittet den Reichstag, den Kolonien das oberste Gericht schnell zu geben. (Beifall.) Die Vorlage geht an eine 11er Kommission.

Gewerbenovelle über die Wanderlager.

Ministerialdirektor Dr. Casper empfiehlt die Vorlage, die die Errichtung von Wanderlagern für bestimmte Gegenstände von behördlicher Genehmigung abhängig machen will.

Abg. Drey (Soz.): Ohne zwingenden Grund sollte man nicht neue Einschränkungen für den schon schwer bedrängten Hausherhandl einführen. Man bezeichnet die Hausher als Landplage; aber die Moral in den Kreisen der Hausher ist sicherlich gesünder als die Moral in manchen großkapitalistischen Kreisen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man will die Gewerbetreibenden weiter beschränken, um die Käufer vor Überforderung zu schützen. Aber die, die nicht alle werden, kann man nicht durch Gesetzesparagrafen schützen, hier ist Belehrung wichtiger als der Gesetz. Mit dem Kurpurgesetzentwurf wollte die Regierung regulierend in den Geburtenrückgang eingreifen, das ist ihr nicht gelungen, und nun versucht sie mit diesem Entwurf, aber in so geschickter Weise, daß man an das Wirken eines gewissen Tieres im Porzellanladen erinnert wird. (Stl. b. d. Soz.) Auch wir wünschen den Geburtenrückgang nicht, aber wirksam kann man ihn nur durch

In dreieinhalb Tagen von England nach Amerika.

Die „Fall Wall Gazette“ erzählt, in London sei der Kontrakt für den Bau eines großen Hafens in Gladstone Bay im Nordwesten Irlands und einer Eisenbahn unterzeichnet worden, die die Verbindung mit den drei Hauptlinien zerlegt herstellt. Das besonders von Robert Ambrose, früherem Abgeordneten des irischen Wahlkreises Westman, im englischen Parlament verteidigte Projekt ist bekannt als die „Allerdröue“. Das nördliche End ist jetzt in England und Bluffhills zusammengeführt worden. Der Hafen wird von dem Vortouren-Hafenbauer Henry Long gebaut werden, um die schnellste Verbindung zwischen Europa und Amerika herzustellen. Die Dampfer würden von Gladstone Bay nach Halifax gehen und nur dreieinhalb Tage brauchen. Man hofft, durch diese neue Route einen großen Teil des Perlonen- und Warenverkehrs von den kontinentalen Linien nach England abzulenkeln.

Der Hafen von Plymouth für den „Imperator“ geiperrt. Der Hamburg-Amerika-Dampfer „Imperator“ wird nicht mehr in Plymouth anlaufen. Der Grund für diese Verfügung, die für die dortigen Geschäfte einen großen Verlust bedeutet, ist nicht bekannt, es heißt jedoch, daß die britischen Marinebehörden eine wichtige Rolle in der Angelegenheit gespielt haben. Dem „Imperator“ ist es verboten, innerhalb der Wellenbrecher von Plymouth vor Anker zu gehen.

Die Untersuchung der „Volturno“-Katastrophe. Vor dem Handelsamt in London wurde am Mittwoch über den Brand des „Volturno“ verhandelt. Der Anwalt des Amtes erklärte, das Schiff habe 19 Boote mitgeführt, welche noch 150 Personen hätten mehr aufnehmen können als an Bord waren. Gegenüber der bei dem Untergang der „Titanic“ gemachten Erfahrung sei es bemerkenswert, daß der Verlust an Menschenleben geringer gewesen wäre, wenn der „Volturno“ nur eine Boote geführt hätte. Denn alle zu Wasser gebrachten Boote wären verunglückt, so daß viele Leute ertrunken wären. Die Ladung des Schiffes best ab aus Säffern mit Öl und Teer, aus Torf, Lumpen und aus Stroh bewickelten Flecken, daher glaubten der Kapitän und vier sonst von der Ladung Kenntnis hatte, das Schiff müsse jeden Augenblick zugrunde gehen. Der Kapitän, der Schiffingenieur und zwei Matrosen arbeiteten die ganze Nacht hindurch an der Befreiung von Flößen, um einen Teil der noch an Bord befindlichen 500 bis 400 Menschen zu retten. Als die Boote der anderen Schiffe ankamen, rief der Kapitän den Auswanderern zu, sie möchten über Bord springen; als diese sich jedoch weigerten, sprangen die Ingenieure und mehrere Matrosen voran, um ihnen den Weg zu zeigen. Lord Rosart, der den Vorfall führte, erklärte, daß nach guter seemannlicher Tradition es handelt worden sei.

soziale Maßnahmen bekämpfen, vor allem aber durch eine gesunde Wohnungspolitik. (Zust. b. d. Soz.) Man darf doch nicht die hygienische Bedeutung der Mittel, deren Vertrieb man hier ganz mechanisch verbieten will, nicht außer acht lassen. Wir sind ganz bereit, in einer Kommission, die wie in einer Stärke von 14 Mitgliedern, beantragen mitzuarbeiten, das, was an dem Entwurf nützlich ist, in Gesetzesform zu bringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Krl. (Ztr.): Der Entwurf entspricht unseren Erwartungen durchaus nicht. Das Kleingewerbe müßte viel mehr gegen den Hausherhandl geschützt werden. Notwendig wären auch schärfere Maßnahmen gegen die Verwendung von Kindern beim Hausherhandl. Auch der Vertrieb von Schundliteratur durch Hausherandl müßte verboten werden. Wir werden uns bemühen, in der Kommission Bestimmungen in den Entwurf zu bringen, die den wirklichen Bedürfnissen der Praxis entsprechen.

Abg. Dr. Köttger (natl.): Daß es zweifelhafte Elemente im Hausherhandl gibt, ist nicht zu bezweifeln, was hier zur Einschränkung des Hausherhandls vorge schlagen wird, ist gewiß zu rechtfertigen. Darüber hinaus sollte auch der Hausherhandl mit Margarine verboten werden.

Abg. v. Payer (Vpt.) spricht sich gegen eine unnötige weitere Einschränkung des Hausherhandls aus, der in der Eigenart mancher Gewerbebranche begründet sei, und schon von selbst dadurch aufhört, daß sich die Kinder der Hausherandl andern Berufen anwenden.

Abg. Graf Carner-Dieserwitz (kons.) fordert dagegen eine weitgehende Einschränkung des Hausherhandls, und betont es des Handels mit empfangnisverhättnissen. (Zustimmung. rechts.) dagegen den auch durch sozialdemokratische Agitation geförderten Geburtenrückgang etwas zu mildern müsse. (Zustimmung. rechts.) Zurufe bei den Sozialdemokraten: Und ihre Kreise? Die Wanderlager machen den realen Kleinhandel unlauterer Konkurrenz.

Abg. Dr. Hegenheimer (Vpt.) schließt sich an. Die Weiterberatung wird vertagt auf Freitag 1 Uhr, (vorher kurze Anfragen; Wochsprüchungen). Schluß 6 1/2 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Die Stadtverordnetenwahlen in Elbing und Kiel.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Elbing gewannen die Genossen in der dritten Abteilung von sechs Sitzen, die bisher noch nicht in ihrem Besitz standen, vier. Ein Genosse kommt in ausführender Stellung. Die Fraktion zählt jetzt 15 Mitglieder.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Kiel wurden 3 Sozialdemokraten und 4 Bürgerliche gewählt, trotzdem verloren die Sozialdemokraten ein Mandat, weil im vorigen Jahre der Zahl der Stadtverordneten von 36 auf 48 erhöht worden war und darum vorläufig fünfzehn außer den turnusmäßig auscheidenden Stadtverordneten noch drei durch Los zu bestimmende Stadtverordnete ausscheiden müssen. Das Los war diesmal ausschließlich sozialdemokratische Abgeordnete.

Die Kieler Stadtverordnetenversammlung besteht nach der Wahl aus 25 Bürgerlichen und 23 Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten brachten 11.160, die Bürgerlichen 6300 Stimmen auf. Nur die Bezirksenteilung hält eine sozialdemokratische Mehrheit vom Rathaus fern. In den Wahlkreisen, wo hauptsächlich die Arbeiter wohnen, hatten die Bürgerlichen überhaupt keine Kandidaten aufgestellt.

Die Niederlage der Sozialdemokratie in Sachsen-Weimar.

Man schreibt uns aus Thüringen: Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheiten in Jena und Jena vom 1. Januar 1914 ab beseitigt sind, sowie der „glänzende“ Sieg der bürgerlichen Parteien in Weimar und Jena bei den letzten Gemeinderatswahlen wird von der bürgerlichen Presse als ein Rückgang der sozialdemokratischen Bewegung dargestellt. Daß dies eine absolute Täuschung und Fehlschätzung ist, läßt sich ohne weiteres dadurch feststellen, daß in allen diesen Städten von einem Rückgang der sozialdemo-

Sturzflüge mit Passagier.

Der Flieger Roland Garros, der sich durch seinen Flug über das Mitteländische Meer einen Namen gemacht hat, hat am Dienstag auf dem Flugplatz von Villacoublay einen besonders schönen Flug vollführt. Er flog in Begleitung eines Passagiers mit seinem Ginducker auf und führte mehrere Sturzflüge und Looping the Loops aus. Diese Leistung Garros ist umso bemerkenswerter, als er seinen gewöhnlichen Apparat benutzte, der für derartige Flüge durchaus nicht eingerichtet ist.

Eis Tage unter Kohlen begraben. Als der englische Dampfer „Diary“ im Dock zu Kapstadt lagerte, ragte plötzlich aus einem Kohlenhaufen eine menschliche Hand empor. Bei den Nachforschungen entdeckte man einen portugiesischen Negler, der elf Tage unter Kohlen begraben gelegen hatte. Der Negler erholte sich unter der Hand des Pirates.

Das große Los der Naturgungpartlotterie ist in Hände gefallen, die es wohl gebrauchen können. Es hat seine hunderttausend Mark einer armen Witwe im höchsten Norden Berlins zurollen lassen, die mit sieben kleinen Kindern ein kargliches Dasein fristete. Die Summe wurde der erkrankten und vor Freude fast sprachlosen Gewinnerin Mittwoch ausgezahlt. — Mit den großen Losen ist es in der Regel so, daß sie denen zufallen, die schon genug haben.

Ein großer Brillanten-Diebstahl? Der Brillantenhändler Jakob Binheiro aus Amsterdam, der mit dem Abendhändler aus Mittwoch in Wien eingetroffen war, erschien auf der Polizei und gab an, daß ihm auf der Fahrt nach Wien sein wohlverdientes Portefeuille mit Brillanten im Werte von ungefähr 270.000 Kronen geraubt worden sei.

Dampf mit Wildtieren. Im Großforstler Gehölz bei Hamburg, in der Nähe der Schießstände, überraschte ein Jagdaufseher in der Nacht zwei Wilderer, die Fasanen schossen. Der Jägermann Wendt dorf aus Ottenien wurde durch den Beamten im Handgemenge erschossen. Der Gärtnerearbeiter Rehdorf wurde verhaftet.

Kinder als Raubmörder. In Abbeville (Frankreich) wurde ein zwölfjähriges Kind verhaftet, nachdem es am 11. d. Mts. in Cayeux mit seiner Schwester einen Mordversuch an einer sechsjährigen Rentnerin verübt zu haben.

Das 92. Kind. Einem Frauen in Etting bei Ingolstadt in Oberbayern und dessen Frau ist jetzt das 92. Kind geboren worden. Auf davon sind noch am Leben. Der Kinderreichtum der Reichen ist in Briesen und Straubing (90 bezw. 81 Kinder) stammt jeweils von zwei Müttern. In Etting dagegen von einer Mutter. (Vorne Frau!)

Freilich Stimmen nicht nur seine Rede, sondern sogar noch eine überaus starke Stimmzunahme für die sozialdemokratischen Voten zu verzeichnen ist. Besonders stark ist dies der zwei Jahren stattgefundenen Wahl bis zur Aufnahme in den Reichstag und Eisenach. Trotz allem ist die "Niederlage" der Sozialdemokratie erklärlich. Obwohl die weimarische Gemeindeordnung seit 60 Jahren den Frauen unter den gleichen Voraussetzungen wie männlichen Personen (Selbstständigkeit; 21 Jahre alt; Unterstützungswahlrecht der Gemeinde) das Bürgerrecht gewährt, ist bis vor kurzer Zeit nur in wenigen Fällen davon Gebrauch gemacht. Erst in den letzten Monaten wurden langsam derselben Rechte, die sich sonst als Gegner des Frauenwahlrechts hervorhoben, Frauen und Mädchen in großer Zahl veranlaßt, das Bürgerrecht zu erwerben.

In Weimar und Jena sind in den letzten Monaten Hunderte von bürgerlichen Frauen als "Bürgerinnen" verzeichnet. Die zehn Markt-Gemeinden für jede neue Bürgerin anzufragen, fällt dem Mutterinstinkt ja nicht so schwer, als wie dies bei den Frauen der Arbeit der Fall ist. Jedoch ist in Jena und Weimar die Arbeitslosigkeit, das Bürgerrecht zu erwerben, sie passen gegen natürliche Zurückhaltung beim Ansuchen, die zum Wort vorzuschreiten. Allerdings stellen sie dabei die Bedingung, daß ihnen (den Aktivistinnen) die neuen Bürgerinnen die Vollmacht zur Abgabe der Stimme auszubehalten. Nach der Gemeindeordnung haben Bürgerinnen wohl das Wahlrecht, aber sie dürfen nicht selbst abstimmen. Sie müssen mit ihrer Stimmabgabe eine vollstän dige Person legitimieren. Auf diesem verknüpfen Frauenwahlrecht beruht der "Erfolg" der bürgerlichen Parteien. Dazu kommt aber noch, daß bereits Feststellung der politischen Selbstständigkeit bei Arbeiterinnen viel größere Schwierigkeiten gemacht wurden, als wie es naturgemäß bei den Frauen der "heißeren" Straße möglich ist. Würden doch in Jena allein 65 Verfassungen von Bürgern und Bürgerinnen, die jeweils der Arbeiterin gegenüber waren so lange hinausgezogen — bis die Wahl vorüber war. Die Hälfte dieser Stimmen hätte genügt, daß nicht ein Mann der bürgerlichen Seite gewählt worden wäre.

Die "genügenden Gründe" der bürgerlichen Parteien waren nur mäßig, daß Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Anwendung kamen, die zu den niedrigsten ihrer Art zu zählen sind.

Die bayerische Hofgängererei vor Gericht

Wegen Verleumdung des 2. Vorsitzenden des Münchener Gemeindefortschrittlichen, Genossen Wittl wurde der verantwortliche Redakteur des katholischen "Bayerischen Couriers" am Donnerstag zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Am 29. September war Genosse Wittl als Verhandlungsmitglied des Gemeindefortschrittlichen beim Prinzregenten zur Hofgängererei eingeladen und abends hatte der Regent beim Besuch des Oberfestes in der Trinkhalle des Rates dem Genossen Wittl gegenüber gelesen und ihn in ein längeres Gespräch gezogen. Das gab dem "Bayerischen Couriers" Anlaß, einen Artikel zu veröffentlichen, in dem es hieß: "Der Regent muß auf seine sozialdemokratischen Hofgänger in die Hofgänger nehmen und ihnen ein gutes Wort bei der Hofgängererlei sagen; denn er kann nicht riskieren, daß seine genösslichen Gäste unzufrieden hinterher in der 'Münchener Post' über die Herrlichkeit des Regens, das bei sozialdemokratischen Hofgänger viel reichhaltiger ist als in der Hofgängererei". In einem zweiten Artikel hieß es: "Der Regent hat er natürlich zum Saale gelassen, auch die rote Aramare und dafür Süßbrot und Würste hergenommen. Die genösslichen Hofgänger werden wieder hergenommen, wenn es zum Saale geht, um dort die Herrlichkeit zu hören. Was wohl die Sozialdemokraten von der alten Garde über die Teufelskinder der Münchener Hofgänger sagen werden?" Wegen dieser beiden Artikel erhob Wittl Verleumdungsklage. Vor Gericht erklärte Wittl, er habe auf Anfrage des Bürgermeisters geantwortet, er wüßte nicht

zur Hofgängererei eingeladen zu werden; gleichwohl sei ihm vom Bürgermeister mitgeteilt worden, der Regent habe selbst verfügt, Wittl einzuladen. Als Zeuge wurde zunächst der 2. Bürgermeister Brunner vernommen. Er bestätigte Wittls Angaben und bemerkte weiter, Wittl habe bei Hof seine Meinung immer in würdevoller Weise geäußert, in keiner Weise devot, aber auch in keiner Weise die Pflichten des Anwesenden verlebend. Wittl habe mit dem Präsidenten ein längeres Gespräch über sozialpolitische Angelegenheiten geführt und dabei in sehr würdiger Weise seine Meinung vertreten. Der erste Bürgermeister Dr. von Vorstcht sagt aus, er habe dem Wittl die Hofgängererei empfohlen, diesen nicht auf die Vorlage des bei der Hofgängererei einzuladenen Herren geleitet. Er sei dabei überrascht gewesen, als trotzdem eine Einladung für Wittl gekommen sei. Er habe bei Hof angefragt, ob hier ein Versehen vorliege. Der Hofgänger habe darauf erwidert, die Einladung Wittls sei auf direkten Wunsch des Regenten erfolgt. Vorstcht sagt ferner in gleichem Sinne aus wie Brunner. — Wittls Vertreter, Dr. Verbein, führte aus, Wittl habe nicht anders handeln können, nachdem er, einem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion folgend, bei der Über nahme des Postens als 2. Vorsitzender des Gemeindefortschrittlichen verpflichtet hatte, die damit verbundenen Repräsentations pflichten zu erfüllen. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß der 1. Artikel keine Verleumdung Wittls, da er sich nicht auf den Regenten selbst, sondern auf die Hofgänger ereignete, die der 2. Artikel bedeuere eine Verleumdung Wittls, da er behauptete, daß die Hofgängererei ein Verleumdungsartikel sei, der die Hofgängererei verhöhne, der 3. Artikel bedeuere eine Verleumdung Wittls, da er behauptete, daß die Hofgängererei ein Verleumdungsartikel sei, der die Hofgängererei verhöhne, der 4. Artikel bedeuere eine Verleumdung Wittls, da er behauptete, daß die Hofgängererei ein Verleumdungsartikel sei, der die Hofgängererei verhöhne.

Kommunalwahlen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Heiligen (Vollkreis) fielen der Sozialdemokratie die beiden zu Wahl stehenden Stadtverordnetenposten zu, so daß jetzt drei Gemeindefortschrittliche im Stadtparlament von Heiligen sitzen.

In Wahlhausen i. Th. wurde bei der Stadtverordneterwahl der Sozialdemokratie mit 158 gegen 371 Stimmen be räumt. Die rechte Fraktion hat acht Mitglieder.

In Elberfeld hatten bei der Stadtverordnetenwahl die vereinigten Gegner, die mit allen Mitteln gearbeitet haben, den Erfolg, daß es der Sozialdemokratie nicht gelang, das letzte Drittel der dritten Klasse zu erobern. Der bürgerliche Majorität siegte mit 8217 gegen 6765 sozialdemokratische Stimmen.

Aus Oberschlesien.

Rechenitz, 23. November. Ein verlagter Prozeß. Die Verhandlungen in dem großen Vermögensprozeß, der dieser Tage beginnen sollte und zu dem über 400 Zeugen ge laden waren, sind verlegt worden, weil ein als Zeiger in Aus sicht genommener Richter erkrankt ist. Als neuer Verhandlungs termin ist der 2. Dezember in Aussicht genommen.

Kattowitz, 23. November. Fluchtig geworden. Mit 1800 Mark in der 18-jährige Konviolierin Paul Scholz einer niedrigen Kaufmanns mit seiner Frau, der erwiderten flechtigen Konviolierin Emma Rakel, flüchtig geworden. Das Mädchen hatte auf Kosten des jungen Kavaliere möbliert gewohnt.

Steinwitz, 23. November. Ein hübler Zehrer. In der letzten Nacht um 11 Uhr, als gerade die Straßenbahn die Hofstraße passierte, gab es einen derartigen lauten Knall, daß sämtliche Fenster Scheiben stürzten und die Einwohner dieser Straße aus dem Schlafe geweckt wurden. Als man sich Fenster eilte, sah man die Straße vollständig in Rauch gehüllt. Es hat anscheinend jemand aus Veranlassen oder aber aus böser Absicht eine Bombe auf das Bahngleis gelegt, welche dann

durch die nächste Straßenbahn zur Explosion gebracht worden ist. Da ein ähnlicher Fall auch schon vor einigen Monaten derselben Stelle passierte, so wäre eine strenge Untersuchung angebracht.

Ober-Glogau, 28. November. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Rosenhauerstraße. Ein sechsjähriges Töchterchen des Schlossers Polten wollte einem im Trabe daherkommenden Lastwagen nach über Straß laufen, wurde von den Pferden aber umgerissen. Eine Vorderrad ging dem unglücklichen Kinde über die rechte Kopfseite, so daß das Gehirn freigelegt wurde. Nach eini g Stunden wurde das Kind von seinem qualvollen Leiden durch den Tod erlöst.

Mitkulitzsch, 28. November. Typhus-Erkrankung. Die Fälle an Typhus-Erkrankungen nehmen zu, aber trotzdem hat kein Grund zur Beforgnis vor. Seit Ende Septem ber sind 11 Typhusfälle amtlich angezeigt worden. Hoffentlich bleibt es dabei.

Gleitwitz, 28. November. Eine Meineids-Affäre. Der Gehaimne Josefina Ogan aus Rosditz (früher in Gleit witz) nahm vor dem Gleitwitzer Schwurgericht ihren Anfaß. Ein 100 Zeugen waren geladen. Der Angeklagten war Meineid in drei Fällen, begangen vor dem Landgericht Gleit witz zur Last gelegt. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wird, ist auf vier Tage festgelegt, so daß der Urteil erst am Sonnabend verkündet werden dürfte. Die Angelegenheit hat schon die vorletzte Schwurgerichtsperiode mehreren Tagen beschäftigt, mußte aber wegen Abgang mehrerer Zeugen vertagt werden. Schon beim ersten Termin waren Kosten des Verfahrens auf 10.000 Mark festgelegt und wer den diese zweifellos bis zu seiner Beendigung die doppelte Höhe erreichen.

Zabrze, 28. November. Erbenunfälle. Ein Sohn verstarb wurde auf Gräfin Johanna Schacht der Schloß Beskowsch. Ihm wurde das linke Bein gebrochen und das rechte am linken Bein abgegelassen. — Auf dem Markt in Zabrze erlitt der Bierführer Johann Schneider einen Verbruch. Von niederstehenden Gefäßmaterialien verletzt wurde auf dem Markt in Zabrze ein General Witda aus Auda. — Dem Bergmann August Zielonka sind infolge Kohlenentwurfes auf der Peini graber beide Hüfte zerkratzt worden. — Auf dem Verbruch der Königsgrube verunglückte der Bauer Sekula der Hohenkünde durch Verbrühtung. Er wurde schwer verletzt.

Aus der Geschäftswelt.

Der heutige Postanleger unserer Zeitung liegt ein Prospekt der Firma Adolf Krenyberger, Breslau, Schiffs- und Großhandlung für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung, die auch eigene Großfabrikation für 20 selbstgegründete Detail-Geschäfte, in allen größeren Städten Schlesiens, ist. Die Firma in der Lage, bei jedem Einkauf außerordentlich Vorteile zu bieten. Um unierten geehrten Lesern einigermaßen die Größe dieses Unternehmens vor Augen zu führen, mögen folgende Angaben dienen: 5000 Quadratmeter der ver schiedenen englischen Gewerkschaften mit dem Verkauf, Verstell ungen und Lagerung von Herren- und Knaben-Bekleidung, 3000 Paare und drei Dreiviertelstücke vermittelnd den Verkehr zwischen dem Käufer und dem Verkäufer, diverse Warenräume und Telephonkabel bieten dem Kaufenden Publikum zeitgemäß Bequemlichkeit. Das Parterre des Geschäftshauses enthält ein nach Landenden zahlende Auswahl fertiger Herrenbekleidung f. Straße, Jagd, Reue und Gesellschaft. Besondere Beachtung verdient die Spezialabteilung Herrenwäcker, Anzügen, Hüte, Wäsche, Schirme, Stöcke usw.

3. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

6. Klasse 17.ziehungstag 27. November 1913 Vormittag

Staf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefällig, und zwar je einer auf die Klasse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen A. u. B.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr A. E. L. f. B.) (Nachdruck verboten)

74 78 108000 53 54 126 (3000) 528 87 447 717 829 106051	125 217 310 120 707 873	111018 83 108 86 307 93 674 643 111773 96 513 851 902	111313 21 21 59
476 809 11 529 114711 95 338 58 416 110 737 11313 50 827	333 504 24 53 238 (500) 845 47 87 (500) 11714 42 (500) 431	704 116184 234 384 63 411 67 518 204 737 11313 50 827	63 72 93 111714 45 (500) 375 419 573 99 753 69 934
119089 (500) 78 516 (1000) 55 847 983 87	120552 70 734 114 35 43 75 (1000) 621 121:51 273 70	243 550 605 939 97 (3000) 122043 128 89 205 21 (3000)	92 553 705 66 885 961 121:17 97 238 325 49 880 565 636
124554 306 61 497 675 874 514 125045 70 73 89 96 111 21	(500) 30 224 70 298 426 78 645 912 126401 6 651 92 95 882	838 127163 435 43 593 626 765 822 63 129402 166 (500)	233 227 61 508 91 987 129351 65 152 272 365 886
130040 43 83 421 574 629 655 130771 412 (500) 73	677 87 97 (1000) 671 825 45 120264 245 66 323 751 (500) 8	647 812 132222 325 9 454 523 609 737 (500) 134100 3	333 504 24 53 238 (500) 845 47 87 (500) 11714 42 (500) 431
617 770 842 63 69 566 (500) 135064 77 149 401 597 639	715 43 842 63 69 566 (500) 135064 77 149 401 597 639	715 43 842 63 69 566 (500) 135064 77 149 401 597 639	715 43 842 63 69 566 (500) 135064 77 149 401 597 639
126139 59 67 (1000) 432 376 652 (500) 55 627 70 93	138107 112 57 (1000) 73 92 67 455 68 597 58 636 58 68	140067 13 16 54 133 66 574 986 141035 10 169 496 549	55 (1000) 648 50 72 73 (1000) 21 848 58 142036 164 252 267
422 48 564 61 610 (3000) 17 555 449 143107 320 409 47 78	535 605 700 (500) 22 84 144238 417 528 89 740 826 92	145029 174 (1000) 84 292 756 60 240 555 148100 177 300 55	472 575 619 830 147097 150 215 555 61 731 65 72 970 148074
186 274 110 42 556 733 (3000) 83 (500) 905 148054 69 727	68 10118 45 52 (3000) 233 648 771 151748 246 (1000) 60	553 562 65 728 849 152072 76 121 64 254 80 300 (500)	680 624 822 58 153005 210 81 311 (500) 501 15 633 755
154366 279 82 (1000) 325 596 647 84 155207 372 83 241	82 112 32 60 647 539 56 1562515 64 (1000) 555 652 61	750 940 157107 52 96 68 233 (3000) 67 383 75 471 632 64 75	92 96 944 772 685 (1000) 158250 353 719 827 65 818 (500)
69 158027 163 202 373 454 79 654 653 92 791 823 965	168184 161076 (500) 83 113 203 24 162728 55 66 277 89	350 (1000) 455 944 163274 878 (500) 521 607 27 807 30 983	164006 16 63 (1000) 479 843 (500) 83 634 43 (500) 751 62 806
916 51 165098 215 (500) 325 624 777 166094 77 252 323 92	(1000) 439 (500) 854 167109 441 556 233 445 60 76 950	168395 199 359 426 29 167109 441 556 233 445 60 76 950	168395 199 359 426 29 167109 441 556 233 445 60 76 950
563 69 639 63 703 82 94 170052 367 464	(500) 665 71 26 638 82 977 171054 67 686 (1000) 710 173297	442 64 547 53 734 815 174061 141 99 685 889 98 743 (1000)	227 (1000) 946 79 175111 80 (500) 225 383 540 508 517 21
45 56 170364 224 29 (500) 70 65 351 (500) 418 41 86 506 71 81	628 797 (1000) 74 89 177006 172 (500) 249 88 410 (3000) 621	663 797 841 91 178156 45 674 728 899 179102 265 435	662 787
180025 455 964 181173 78 218 372 791 182012 202 70	505 674 689 259 262 483 523 (500) 81 75 68 282 945 14261	1361 657 80 77 185012 216 77 (500) 77 869 188228 172	229 40 534 439 44 218 84 187039 451 662 188225
58 79 123 68 202 230 581 (500) 633 82 7 874 990 189264	126 56 354 406 556 751 (1000) 62 838 82 7 874 990 189264	189269 141 209 (500) 37 59 483 500 214 527 47 181215	39 82 91 84 (1000) 26 (500) 59 192025 97 139 52 (500)
370 411 579 674 193141 364 553 822 88 743 95 (1000) 825 45	(1000) 184072 123 47 83 211 93 833 689 723 (1000) 625 45	567 89 158002 80 175 254 415 529 962 193001 185 214	45 45 439 648 965 197269 412 82 361 92 430 634 (500) 817
119 108027 123 67 257 312 66 429 589 629 711 (500) 233 54	198007 40 170 745 633	200058 113 207 277 311 814 46 937 49 200055 56 223	975 432 619 782 86 900 529 202254 317 437 75 327 584
906 19 219229 306 497 579 671 204242 330 735 613 83	205008 (3000) 24 254 355 297 656 205000 123 24 62	413 7 (500) 749 207088 322 444 664 754 828 208262 70	116 43 92 260 550 262 65 282 (500) 327 328 828 902 (500)
190050 90 223 62 447 573 677 210708 186 210 60 514	(500) 43 95 652 99 24 212022 125 224 44 (500) 464 614 289	27 23 844 95 223013 134 229 221 22 662 714 97 813 65	820 211 6034 196 210 319 29 512 21555 185 (3000) 234 38
729 870 15 84 64 (500) 81 (500) 75 96 92 719 95 80028	2117180 233 218 412 51 932 221 50 925 45 212022 190	(500) 243 333 63 63 702 23 36 911 59 219082 117 53 89	444 937 69 63 (500)
222021 (1000) 40 214 83 336 614 840 72 (500) 221079	98 124 621 82 222196 216 (500) 323 444 680 511 (500)	94 (500) 222054 78 178 229 37 229 87 510 (3000) 88 621 (1000)	28 39 708 87 46 75 81 98 987 (500) 222022 (500) 99 173 272
85 821 44 222123 97 270 80 304 614 (7000) 529 635 700	85 821 44 222123 97 270 80 304 614 (7000) 529 635 700	146 56 228 549 61 40 483 596 782 616 926 (3000) 222109 (1000)	62 56 73 508 611 14 (500) 396 25 222061 148 52 64 (500)
214 49 48 282 329 517 837	222109 64 437 517 837 837	222109 64 437 517 837 837	44 128 26 282 340 (500) 97 425 82 872 320 557 222123 62
625 428 362 602 625 223182 58 250 305 99 521 43 46 (1000)	625 428 362 602 625 223182 58 250 305 99 521 43 46 (1000)	625 428 362 602 625 223182 58 250 305 99 521 43 46 (1000)	625 428 362 602 625 223182 58 250 305 99 521 43 46 (1000)

3. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

6. Klasse 17.ziehungstag 27. November 1913 Nachmittag

Staf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefällig, und zwar je einer auf die Klasse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen A. u. B.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr A. E. L. f. B.) (Nachdruck verboten)

4 6294 122 (500) 78 219 45 815 465 517 84 664 (500) 103133	(500) 218 316 (1000) 32 (1000) 51 73 634 79 850 97 217 221 229	431 416 55 659 511 703 24 3197 61 650 969 (1000) 72 675	679 71 656 659 511 703 24 3197 61 650 969 (1000) 72 675
736 62 63 814 75 5030 99 157 70 74 381 480 97 6028 319	63 611 81 7220 60 (500) 81 391 94 202 948 56 8017 30	48 69 (1000) 320 42 492 711 678 4082 262 308 618 19 65	(1000) 94
13768 257 449 767 97 881 11033 (1000) 33 (3000) 438 897	248 12003 490 621 911 13406 628 28 216 (1000) 53 978 14 944	(3000) 659 654 716 15017 61 224 (1000) 14 391 (3000) 94 628	785 564 16142 342 447 907 17092 330 71 810 18 607 98 880
18292 358 62 467 634 811 208 19087 63 178 340 621 99 88	(1000) 813 43 942	22030 120 25 221 328 624 914 2311 273 627 67 422 92 597	79 913 54 59 2419 20 77 316 218 327 1500 95 93 745
53 93 263 25500 60 30 86 681 849 042 28064 123 51 77 312	4 1 75 92 640 78 765 (1000) 27182 92 1 000 212 54 56 323	682 59 170 508 37 78 2142 327 30 93 458 67 557 774 910	95 (500) 29297 372 88 482 70 26 (3000) 40 500 65 858 928
33081 91 105 250 (500) 445 654 631 721 937 34 31159 82	33 374 425 514 615 553 (500) 22023 (1000) 88 197 242 390 496	79 532 622 761 879 31813 20 (500) 77 715 875 934 (3000)	34019 31 121 71 420 817 655 79 893 19 47 80 26041 81 91
336 91 (500) 621 44 1800 558 79 959 79 2611 9 29 650 (3000)	336 91 (500) 621 44 1800 558 79 959 79 2611 9 29 650 (3000)	336 91 (500) 621 44 1800 558 79 959 79 2611 9 29 650 (3000)	336 91 (500) 621 44 1800 558 79 959 79 2611 9 29 650 (3000)
380 802 407 34 623 70 778 884 (500) 833 38069 228 378	602 80	407 34 623 70 778 884 (500) 833 38069 228 378	407 34 623 70 778 884 (500) 833 38069 228 378
457 80 1026 57 262 855 85 2056 446 (3000) 877 41004 82 (1000)	457 80 1026 57 262 855 85 2056 446 (3000) 877 41004 82 (1000)	457 80 1026 57 262 855 85 2056 446 (3000) 877 41004 82 (1000)	457 80 1026 57 262 855 85 2056 446 (3000) 877 41004 82 (1000)
417 574 94 212 853 45105 (1000) 402 621 64 238 914 22 (1000)	417 574 94 212 853 45105 (1000) 402 621 64 238 914 22 (1000)	417 574 94 212 853 45105 (1000) 402 621 64 238 914 22 (1000)	417 574 94 212 853 45105 (1000) 402 621 64 238 914 22 (1000)
90 48044 141 90 963 (500) 510 755 886 917 47861 47 (500)	135 (500) 236 326 516 676 876 294 927 90 48024 70 94 411 72	589 88 448 713 48 (500) 807 388 (500) 95 48180 333 664 670	755 868
530 254 79 434 608 74 87 708 74 86 829 84 982 61106 74	603 54 774 92 52068 357 410 29 51 62 838 945 81 53214	43 64 314 272 91 62088 272 473 86 626 49 (1000) 645 75 789	679 (1000) 54143 60 87 251 (1000) 65 368 510 62 (1000)
505			

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco = Brand-Quelle = ...

Aluminium-Küchenwar. Spez. Gefäß, Dreifach, 3, dauerh., preisw.

Bäckerwaren und Konditoreien

Bäcker, August, Dörfelstraße 5, Froth, Carl, Oderstraße 20, ...

Badeanstalten

Bandagisten

Rein, Joh., Schmiedstr. 17/18

Boten u. Bettfedern

Bier-Bräuerien, Bier-Verleger

Brauerei Sacrau, Brauerei „Zum Nussbaum“

Giesmannsdorfer Brauerei

Hopf & Gärke Jubiläum-Biere

R. Jäcker, Peckerts Brauerei

Schwarze Krähe Neumarkt

Bier-Apparate, Kohlen-Aure

Billard-Fabriken

Keiser-Gade

Fürsten-Fabriken

Café

Damen-Konfektion

Rösel, Felix

Drogen und Farben

Eisen- u. Stahlwaren

Farränder und Nähmaschinen

Heidenreich, Homann, Wilhelm

Hilge, Max

Wiehle & Kegel

Färberei u. Wäscherei

Reiling, W.

Riedel, M.

Erscheint 3mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen

Fleischerwaren u. Wurstfabriken

Ackermann, Karl, Beder, A., Bredt, Paul, ...

Grim, W.

Gudel, Fritz, Gundlach, Ed., Haberland, W., ...

Kümmel, Friedr.

Lindner, Fritz

Mitschke, S.

August Schnelder

Schöke, Rich.

Strabburg, Hul-Bazar

Goetz Söhne

Gewaltig, Heinrich

Pohl, B.

Eden-Theater

Kaiser-Wilhelm-Theater

Lichtspielhaus

Kleiderstoffe, Seldwaren

Kolonialwaren

Grab- und Türschilder

Guderley, J.

Haus- u. Küchengeräte

P. Kinscher

Herrn-Artikel

Herrn-Garderobe

Getragene Massgarderoben

Herrn- und Knab-Kleidung

Wilhelm

Hochzeits- u. Beerdigungsfahren

Holzspann- u. Holzschneefabrik

Hüte und Mützen

Barth, H.

Schönfeld J.

Goetz Söhne

Gewaltig, Heinrich

Pohl, B.

Eden-Theater

Kaiser-Wilhelm-Theater

Grab- und Türschilder

Haus- u. Küchengeräte

P. Kinscher

Herrn-Artikel

Herrn-Garderobe

Getragene Massgarderoben

Herrn- und Knab-Kleidung

Wilhelm

Hochzeits- u. Beerdigungsfahren

Holzspann- u. Holzschneefabrik

Hüte und Mützen

Barth, H.

Schönfeld J.

Goetz Söhne

Gewaltig, Heinrich

Pohl, B.

Eden-Theater

Kaiser-Wilhelm-Theater

Lichtspielhaus

Kleiderstoffe, Seldwaren

Kolonialwaren

Konfitüren und Schokoladen

Abrams, J.

Grosse, L.

Klingenberg, W. H.

Pohl, F.

Schneider, W.

Sobitzick, Fr.

Korsetts

Lederwaren und Sattlerei

Linsolium, Wachstuche

Malzkaffee

Milch- u. Butterhandlungen

Anders, Gottlieb

Bresl. Molkerei

Geisler, R.

Hentschel, A.

Lüdcke, Hugo

Marggraf, G.

Manufaktur-Modewaren

Feige, Anna

Möbel-Magazine

Karsunky

Kögel, A.

Scholz, Aug.

Möbel-Reparatur, Glas rel.

Musik-Instrumente, Schallplatten

Musik-Lehrinstitute

Nähmaschinen

Dressler, Julius & Co.

Obst- u. Trauben-Weine

Optiker

Papier- und Schreibwaren

Pfandleihen u. Gelagengeldkafes

Buscher

Fürmann

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen

Rock- u. Frack-Verleih-Institut

Palalong, A.

Sargmanzino

Seifengeschäfte

Seife Kommler

Seifol

Photographische Ateliers

Phot. u. Bild. Verlagsanstalt

Schroeder

Pianoforte-Fabriken

Hüttner

Horn, O.

Putz, Modes

Restaurateure

Bräuer, Karl

Flöter, B.

Grottenhalle

Manufaktur-Modewaren

Feige, Anna

Möbel-Magazine

Karsunky

Kögel, A.

Scholz, Aug.

Möbel-Reparatur, Glas rel.

Musik-Instrumente, Schallplatten

Musik-Lehrinstitute

Nähmaschinen

Dressler, Julius & Co.

Obst- u. Trauben-Weine

Optiker

Papier- und Schreibwaren

Pfandleihen u. Gelagengeldkafes

Buscher

Fürmann

Rock- u. Frack-Verleih-Institut

Palalong, A.

Sargmanzino

Seifengeschäfte

Seife Kommler

Seifol

Photographische Ateliers

Phot. u. Bild. Verlagsanstalt

Schroeder

Pianoforte-Fabriken

Hüttner

Horn, O.

Putz, Modes

Restaurateure

Bräuer, Karl

Flöter, B.

Grottenhalle

Manufaktur-Modewaren

Feige, Anna

Möbel-Magazine

Karsunky

Kögel, A.

Scholz, Aug.

Möbel-Reparatur, Glas rel.

Musik-Instrumente, Schallplatten

Musik-Lehrinstitute

Nähmaschinen

Dressler, Julius & Co.

Obst- u. Trauben-Weine

Optiker

Papier- und Schreibwaren

Pfandleihen u. Gelagengeldkafes

Buscher

Fürmann

Waren- u. Kaufhäuser

Gebr. Barasch

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Schuhhaus Neptun

Reuschestrasse 2 am Blücherplatz.

Filialen in den grössten Städten Deutschlands.

7

Neu eröffnet!

Einheits-Preis

Für Damen- u. Herren-Stiefel
In schwarz, braun und Lackleder.

Berg-Stiefel und Promenaden-Schuhe

Jedes Paar ohne Ausnahme

Filialen in den grössten Städten Deutschlands.



Neu eröffnet!

Ich bringe nur eleganteste, neueste Formen und übernehme für jedes Paar volle Garantie

In dieser Preislage bringe ich etwas **Ueberraschendes**

Ein Blick in die Schaufenster sagt Ihnen alles

Jedes Paar ohne Ausnahme

Zigarren

Beste Qualität und nur gute Fabrikate empfiehlt beim Einkauf 10739

an Händler, Wirte und Vereine

Zigarrenfabrik Otto Wruck.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest!

empfehle

Packungen von Zigarren zu 25, 50 u. 100 Stück als schönstes Präsentgeschenk.

Tel. 5094. Friedrich-Wilhelmstr. 93. Tel. 5094.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler

kaufen Sie reell und billig bei

Paul Hauschild jr.,

Eisenwarenhandlung,
103 Friedrich-Wilhelmstrasse 102.



Schirme, Krawatten, Hüte, Handschuhe

sowie sämtliche Herren-Artikel.

Nur gutes Fabrikat. Stets Neuheiten. Bekannt reelle Bedienung.

Reparaturen an Schirmen gut und billig. 9774

Paul Pluntke,

38 Friedrich-Wilhelmstr. 38
vis-à-vis Deutscher Kaiser.
Schirmfabrik und Herrenartikel-Geschäft.



Sparsame Hausfrauen kaufen Geflügel

lebend und geschlachtet, Gänseteile billigst, nur in der Mastanstalt.

E. Hampel,

Friedrich-Wilhelmstrasse 24 (Stadt Aachen)
im Hofe rechts. 10751

Für Herbst u. Winter empfehle mich den Parteinossen zur Anfertigung elegant. Herrengarderobe

V. Liepelt, Schneidermeister,

Blücherstrasse 21, Eingang Oelsnerstr. 8176
Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe.
Berufskleidung für alle Gewerke u. Industriezweige.

Teppiche, Uhren, gute Betten und Federn sehr billig
Leihhaus Brandenburgerstr. 24. [10620]

Gut und billig kauft man ein

Gardinen

Stores bei

Julius Fein

früher jahrelang bei Rosenstock

vis vis Kissling
Junkernstr. 14
I. Etage

Ulster Heberzieher, Joppen, Betten, Bettzüge billig
Leibnizstr. 17, I.

Der Musikkenner

kauft am besten u. billigsten bar oder auf Teilzahlung nur im Musikhaus

Max Melzer

BRESLAU 6, Friedrich-Wilhelmstr. nur Nr. 34.

Vorzügliche Sprechapparate, Wiener Akkordeons, Zithern, Mandolinen etc. 1040

Grösste Auswahl in neuesten la doppelseitig. Schallplatten von 50 Pf. an 125, 2,-, 3 Mk. Für 3 alte tausche also neue Platte!



In letzter Nacht

haben wir beschlossen, unsere chicen Herren- und Jünglings-Garderoben 10% billiger zu verkaufen und zwar bis 25. Dezember damit Sie vor Weihnachten viel Geld sparen.

200 getragene Kavalier-Maß-

Ulster Paletots Anzüge

jetzt für

Serie I **12⁰⁰**

Serie II **16⁰⁰** u.

Serie III **20⁰⁰** M.

tellweise auf Salden, für jede Figur passend.

Kaufhaus f. Herren-Garderoben

G. m. b. H.
Neue Schweidnitzerstr. 6
a. d. Gartenstr.

Frische Hasen!

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste

verkaufe ich, um mein Vorrat zu räumen, zu nachstehenden enorm billigen Preisen:

Goldene Herren-Uhren	von 3.- bis 60.- M.
Silberne Herren-Uhren	von 6.- bis 25.- M.
Silberne Damen-Uhren	von 5.50 bis 25.- M.
Goldene Damen-Uhren	von 12.- bis 100.- M.
Goldene Herren-Uhren	von 25.- bis 550.- M.
Weder und Wanduhren	von 1.50 M. an
Regulatoren, circa 1 m bis 1,50 m groß, 14 Tage gehend mit Schlagwerk	von 10.- M. an

Broschen, Ohrringe, Armbänder, Ringe, Ketten in totaler Auswahl. — Anfang bis Neujahr gestattet. Preise für sämtliche bei mir gekauften Uhren und Goldwaren jahrelange Garantie.

Max Frenzel

Uhrmacher Gegr. 1899. Friedrich-Wilhelmstrasse 39. Gegr. 1899. Kataloge gratis. 9794

Fortsetzung des Breslauer Bezugsquellen-Verzeichnisses.

<h4 style="text-align: center;">Optiker</h4> <p>Schönheit, C., Klosterstr. 10 Uhren und Goldwaren Frenzel, E., Blücherstr. 39 Wäsche, Trikotsagen Schneiderei Hauschneiderei</p>	<h4 style="text-align: center;">Wäsche- und Wollwaren</h4> <p>Abend, Herm., Blücherstr. 47 Hefelbarth, Blücherstr. 12 Rauhenberg, J., Blücherstr. 22 Schneiderei Hauschneiderei</p>	<h4 style="text-align: center;">Werkzeuge, Baubeschilge</h4> <p>Friedrich, Gebr., Schmeibergstr. 24 Wild- und Geflügel Zahn-Ateliers</p>	<h4 style="text-align: center;">Zigarren u. Zigaretten</h4> <p>Assmann, Georg, Klosterstr. 141 C. Valentin, Sandstr. 6 Lampke M., Blücherstr. 1 Pohl, Max, Blücherstr. 21 Raucht Okassa Zorroto Haloppi 3</p>	<h4 style="text-align: center;">Versandhaus Gewerkschaftshaus</h4> <p>Wagner, Carl, Blücherstr. 21 Pöpelwitzer Lokale Morgensau</p>
--	---	--	---	---